Einzelnummer 2 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 8,— Mk., von auswärts 10,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 25,— Mk., von auswärts 30,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 2320.

Nr. 198 | Donnerstag, den 24. August 1922 | 13. Jahrgang

Volkstag werde hart!

Der Volkstag hat gestern nach seiner Sommerpause die Arbeiten wieder aufgenommen. Die Danziger Bevölkerung sieht dem Zusammentritt unseres Parlaments diesmal mit ganz anderem Interesse entgegen als es sonst der Fall war. Die breiten Volksmassen erwarten mit Recht, daß unser Parlament endlich Mittel und Wege finden wird, um dem herrschenden Wucher Einhalt zu gebieten. Wenn es nach den Agitationsphrasen der bürgerlichen Parteien ginge, so müßte im Volkstag eine Einheitsfront von Schwegmann bis Rahn gegen den Wucher entstehen. Aber die bürgerlichen Parteien und ihre gesamte Presse machen zwar ein paar Redensarten über die Teuerung, um ihren Anhängern und Lesern Sand in die Augen zu streuen; im übrigen aber hüten sie sich, wirksame Maßnahmen gegen den Wucher zu ergreifen. Es blieb wieder nur der Sozialdemokratie überlassen, wirksame Gesetzentwürfe gegen den Lebensmittelwucher einzubringen. Diese werden wahrscheinlich noch heute im Volkstag zur Beratung kommen, und die bürgerlichen Parteien werden dann Gelegenheit haben, ihre so oft angepriesene Volksfeindlichkeit zu beweisen. Aus einer Aeußerung der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ kann man allerdings entnehmen, daß die Deutschnationalen auch angesichts der ins Ungeheure gestiegenen Teuerung weiterhin für die Freiheit des Wuchers eintreten werden. Ueber die von unserer Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfe schreibt das Blatt von „sozialistischen Zwangswirtschaftsplänen“. Von den anderen bürgerlichen Parteien liegeen überhaupt noch keine Aeußerungen zu unseren Anträgen vor. Wir können durchaus das Unbehagen der bürgerlichen Parteien verstehen, die im Interesse ihrer Agrarier und Großkaufleute seinerzeit für die Wiedereinführung des freien Handels eintraten und die nun aber andererseits die Erregung ihrer Anhänger in Beamten-, Angestellten- und Kleinbürgerkreisen beschwichtigen müssen und in diesem Dilemma keinen Ausweg finden.

Daß selbst von der Deutschen Partei, die ihre hauptsächlichsten Anhänger unter den Konsumenten der Großstadt Danzig hat, wirksame Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln nicht zu erwarten sind, geht aus einem Artikel in der heutigen Morgenausgabe der „Danziger Zeitung“ hervor. Darin nimmt der Chefredakteur des Blattes Dr. Müller zu dem vor zwei Monaten beschlossenen Getreideumlagegesetz Stellung und erklärt, daß die Durchführung des Gesetzes zur Unmöglichkeit geworden sei. Das Blatt des linken Flügels der Deutschen Partei lehnt zwar die Redensarten der Agrarier von der Sonderbesteuerung der Landwirtschaft durch das Umlagegesetz ab, erklärt aber weiter, daß die seinerzeit festgesetzten Preise infolge der Markkatastrophe nicht mehr haltbar seien. Daß die Landwirtschaft mit den durch das Umlagegesetz festgesetzten Preisen bei dem heutigen niedrigen Stand der Mark keine großen Reichtümer ernten kann, geben wir zu. Die Landwirtschaft hat es aber verstanden, aus all ihren anderen Erzeugnissen so ungeheure Wuchergewinne zu erzielen, daß sie sich einmal auch mit einer verhältnismäßig bescheidenen Bezahlung eines ihrer Produkte zufrieden geben muß. Weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung und auch der Arbeiter und Handwerker auf dem Lande ist es nicht möglich gewesen, ihr Einkommen auch nur im entferntesten so zu steigern, wie es die Landwirte verstanden haben. Und da wir in einem demokratischen Staatswesen leben, haben die Interessen der breiten Volksmassen den Interessen der kleinen Schicht der Agrarier voranzugehen. Würde die Zwangswirtschaft für Getreide aufgehoben werden, dann würden wir denselben Preiswahnsinn erleben, der heute auf den andern Gebieten des Lebensmittelmarktes herrscht. Die bürgerlichen Parteien aber sollten sich klar werden, daß mit einigen mehr oder minderberechtigten theoretischen Aeußerungen der Hunger der breiten Volksmassen nicht gestillt werden kann.

Daß die Ernte nicht so befriedigend ausgefallen ist, wie seinerzeit erwartet werden konnte, ist zutreffend. Es ist aber durchaus noch nicht erwiesen, daß die Landwirtschaft im Freistaat Danzig nicht imstande ist, die angeforderte Getreideumlage aufzubringen. Wenn die Klagen der Landwirtschaft über die Mißernte unumstößliche Wahrheit gewesen wären, dann hätten die Agrarier es nicht notwendig gehabt, in ihrem demagogischen Petitionsrummel die Landarbeiter vor ihren Karren spannen zu wollen und diesen die größten Versprechungen zu machen, wenn auch diese für die Aufhebung der Getreideumlage eintreten würden. Und wenn die „Danziger Zeitung“ weiter darauf hinweist, daß auch die Landwirte die Industrieprodukte sehr teuer bezahlen müssen, so beweist das nur den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn daß die Preise für Eisen schon vor einiger Zeit das Hundertfünfzigfache des Friedenspreises betrugen, läßt sich in keiner Weise durch den Sturz der Mark rechtfertigen.

Es wird ein harter Kampf werden und die Danziger Arbeiterschaft wird alle ihre Kräfte anspannen müssen, um den neuen Vorstoß der Agrarier abzuwehren. Wie eine Tragikomödie wirkte es daher, daß in der gestrigen Volkstagssitzung sich die kommunistische Fraktion spaltete. Während die Mehrzahl der Fraktion eine Erklärung abgab, daß sie sich in Zukunft als „Kommunistische Partei des Freistaates Danzig“ bezeichnet, erklärte die Abgeordnete Döll, daß sie fernerhin der Kommunistischen Partei Deutschlands angehört. Das Gefühl für Lächerlichkeit ist den Kommunisten ja schon längst abhanden gekommen. Die von den Kommunisten so oft geforderte Einheitsfront des Proletariats ist sicherlich notwendig im Kampfe gegen den Kapitalismus. Aber Querulanten und politische Kindsköpfe wären keine Verstärkung der einheitlichen Kampfesfront der Danziger Arbeiterschaft.

Der Irengeneral Collins ermordet.

Der militärische Führer der Freistaatregierung von Irland wurde von irischen Aufständischen am Dienstag abend erschossen. Collins befand sich auf einer Inspektionstour und war von einer Anzahl Korpsoffiziere und Soldaten begleitet, als der von einer großen Anzahl irischer Irregulärer unternommene Angriff erfolgte. Collins erlitt einen schweren Kopfschuß; kurze Zeit darauf verschied er. Offiziell wird mitgeteilt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß das irische Parlament am Sonnabend zusammentreten wird. Der Chef des Generalstabes des irischen Freistaatheeres hat ein Manifest an das irische Heer erlassen, in dem er es auffordert, das nichtvollendete Werk Collins unerschrocken zu Ende zu führen.

Deutschösterreichs Verzweiflung.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel macht augenblicklich eine Rundreise durch Europa, um den Regierungen die katastrophalen Verhältnisse Oesterreichs darzulegen. Augenblicklich weilt er in Berlin. Hier fanden Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler Seipel und Finanzminister Segur einerseits und der deutschen Regierung andererseits statt. Seipel erörterte ausführlich die politische und wirtschaftliche Lage Oesterreichs, wie sie sich nach dem Ausgang der Londoner Konferenz darstellt, wo bekanntlich Oesterreich in der Kreditfrage an den Völkerbund verwiesen wurde. Seipel erklärte, Oesterreich würde natürlich seine Sache vor dem Völkerbund mit allem Nachdruck betreiben. Eine Verschleppung der Kreditfrage wäre aber nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Zentraleuropa verhängnisvoll. — Bei den Besprechungen ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß Oesterreich danach trachten müsse, mit Unterstützung seiner Nachbarn über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Auf deutscher Seite wurde betont, daß Deutschland im Rahmen seines eignen Könnens dem bedrängten Brudervolk wo irgendmöglich helfen werde. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben werden sich den Berliner Besprechungen anschließen.

In den Räumen der österreichischen Gesandtschaft fand gestern nachmittag ein Presseempfang statt, bei dem Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Segur den versammelten Vertretern der Berliner Presse eingehende Mitteilungen über Anlaß und Zweck der Reise machten. Bundeskanzler Seipel erklärte, daß eine außenpolitische Neuorientierung noch nicht in Aussicht genommen sei.

Die beiden Minister traten noch gestern abend eine Reise nach Verona an, wo sie eine Zusammenkunft mit dem italienischen Minister des Aeußern Schanzer haben werden.

Ueber die eigentlichen Ziele der Reise sprach der Finanzminister Segur. Er ging aus von der prekären Lage, in die Oesterreich gebracht wurde, als die Londoner Konferenz das Anleihegesuch an den Völkerbund verwies, wodurch die Verzögerung in der Errichtung der Notenbank eintrat. Trotz der früheren trüben Erfahrungen werde Oesterreich den Rat der Londoner Konferenz mit allem Ernst aufnehmen. In dem jetzigen Augenblick, wo das Brot über 4000 Kronen kostet und allwöchentlich um etwa 1000 Kronen teurer werde, frage es sich, ob überhaupt noch eine Möglichkeit vorhanden sei, Oesterreich in dem vom Friedensvertrag vorgesehenen Zustand zu erhalten.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ erfährt, es sei unmöglich, daß der Völkerbund irgendeine Verantwortlichkeit bezüglich Oesterreichs übernehmen werde und zwar mit der Begründung, daß die Tatsachen genügend bekannt seien, und daß der Völkerbund nicht in der Lage sei, praktische Unterstützung zu gewähren. Wenn die Ansicht sich bestätigt, werde die Verantwortlichkeit auf alle alliierten Regierungen zurückfallen.

Die Vertreter der Reparationskommission in Berlin.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Reichskabinetts standen die Verhandlungen mit dem österreichischen Bundeskanzler und mit den Beauftragten der Reparationskommission zur Beratung. Man hält es in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich, daß die Richtlinien für deutsche Erklärungen an die Abgesandten der Reparationskommission erörtert wurden. Die Beratungen werden heute vormittag fortgesetzt. Im Anschluß an die Kabinettssitzung hat der Reichskanzler Bradbury und Mauclère empfangen. Es ist möglich, daß die Verhandlungen mit Bradbury und Mauclère, die morgen fortgesetzt werden, am Sonnabend zu einem Abschluß gelangen.

„Westminster Gazette“ schreibt: Der rasche Sturz der Mark zeigt, wie kritisch die Lage in Deutschland ist. Wenn schon die französischen Drohungen ein solches Ergebnis haben, was wird dann erst auf eine Aktion folgen. Das Blat gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Poincaré es sich wohl überlegen werde, bevor er gegen das Urteil der Welt zur Aktion überginge.

Die Zwangsmaßnahmen im Elsaß.

Das Generalkommissariat veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Oberkommissar wurde heute vom Ministerpräsidenten empfangen. Er unterrichtete ihn über die Frage der Ausweisungen und der Sequestrierungen, die sich aus der Entscheidung vom 5. August über die deutschen Guthaben in Banken und Finanzinstituten ergaben. Nachdem die Frage der Ausgleichszahlungen auf dem Wege einer gütlichen Regelung angelangt ist, werden die Retorsionsmaßnahmen aufgehoben werden. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgewiesen wurden, bleiben bestehen. Eine spätere Mitteilung wird den Termin bekanntgeben, an welchem der Beschluß über die deutschen Guthaben aufgehoben wird.

Von den schlesischen Sejmwahlen.

Der Kampf hat eigentlich schon auf der ganzen Linie begonnen, und man kann sagen, er wird ziemlich scharf geführt. Zwei Lager heben sich deutlich ab. Den National- und Christlichdemokraten, einer Mischung aller bürgerlichen Parteien, stehen die nationalen Arbeiterparteiler und die Polnische Sozialistische Partei gegenüber. Der anerkannte Führer der ersteren ist Korfanty, als Haupt der gegnerischen Gruppe kann man den Wojewoden Rymer bezeichnen, der vor seinem Amtsantritt bekanntlich Angestellter der Polnischen Berufsvereinigung gewesen ist. Die Arbeitergruppe verfügt über den zivilen Apparat der Wojewodschaftsverwaltung. Ihren bürgerlichen Gegnern stehen die illegalen, vielleicht auch die legalen Waffen zur Verfügung, die in Polnisch-Oberschlesien reichlich vorhanden sind. Die überlegene Mehrheit ist zweifellos bei den Arbeitern. Aber die Anhänger Korfantys haben die größere Aktivität. Der Mann selbst ist ein Programm. Seine Niederlage in Warschau hat ihm freilich auch in Oberschlesien etwas geschadet. Aber sein Ruhm unter den Patrioten ist groß genug, daß er sich eine kleine Schlappe leisten kann.

Seine Gegner sind entschieden schlimmer daran. Die nationale Arbeiterpartei hat in der Person den Wojewoden Rymer zwar die Regierung übernommen. Aber es zeigt sich täglich deutlicher, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Das wirtschaftliche Leben stockt. Es ist ein furchtbarer Warenmangel in Kattowitz. Viele Geschäfte öffnen nur stundenweise. Dazu kommt die Not der Industrie. Die Wagengestellung ist auf die Hälfte der normalen Zahl herabgesunken. Man ist gezwungen, die Kohle auf Halden zu schütten. Besonders empfindliche Unternehmungen, wie z. B. die Stickstoffwerke in Chorzow und die Bismarckhütte stehen vor der Schließung, weil durch sonstige Fehler große Schäden verursacht wurde. Es fehlt eben überall an den qualifizierten Arbeitern. Die sind vertrieben. Dazu kommt noch das Geldelend in Polnisch-Oberschlesien. Die Banken versagen, weil die Sicherheit fehlt. Alle diese Dinge sind Sor-

gen der unnatürlichen Teilung des Landes. Man kann gerechterweise der Wojewodschaft daraus keine Vorwürfe machen. Die ihr übertragene Aufgabe war eben zu groß nach polnischen Begriffen. Das hindert aber die Anhänger Korfantys nicht, in Versammlungen und Zeitungen sehr scharf über die unfähige Verwaltung herzufallen. Und da die Arbeiter das Elend der neuen Regierung am stärksten zu spüren bekommen, sind sie natürlich für die agitatorischen Phrasen der christlichen Nationalisten empfänglich. Wie ja der Oberschlesier überhaupt sehr materiell veranlagt ist, das erklärt, warum er immer wieder auf die plumpe Agitation Korfantys hereinfällt, obwohl er ihn schon oft als politischen Aufschneider erkannte. Heute gilt der Mann als der einzige Schutz vor dem Bolschewismus. Die urteilslosen Arbeiter erhoffen von ihm, daß er mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig wird. Je kritischer also die Lage, desto mehr steigen die Aussichten der Christlich-Nationalen. Zwischen diesen beiden Hauptgruppen stehen nun die Autonomisten und die Deutschen. Die ersteren werden wohl keine große Bedeutung bekommen. Dagegen stehen die Deutschen gegenwärtig im Brennpunkt des politischen Kampfes. Niemand bewirbt sich um sie, aber jede der Machtgruppen wirft der anderen vor, durch ihre Agitation die Geschäfte der Deutschen zu fördern. Sie gelten als Landesfeinde, gefährlicher als die Kommunisten. Der nationalistische Haß geht so weit, daß sogar die polnischen Sozialisten verlegen abwehren, wenn man ihnen den Vorwurf macht, daß sie sich mit den deutschen Sozialisten verbinden wollen. Ja, Führer der PPS. erklärten in Versammlungen, sie würden schon dafür sorgen, daß kein deutscher Sozialist in den Sejm gewählt würde. Begreiflich, daß die Verbindung der anderen deutschen Parteien mit ihren polnischen Bruderorganisationen noch weit schlechter ist. Der Wahlkampf wird von den Deutschen unter sehr schweren Bedingungen geführt werden müssen.

Trotzdem ist an eine Koalition der deutschen Parteien natürlich nicht zu denken. Dazu sind die Gegensätze zu groß. Die gemeinsame Not hat vorläufig noch eine Art stillschweigenden Burgfrieden zustande gebracht. Der endet aber, sobald die eigentliche Agitation für die Wahlen einsetzt. Am 20. August werden sich die deutschen Sozialisten in einer Konferenz in Kattowitz über ihre Taktik für die Sejmwahlen einig werden. Es ist sicher, daß sie sich für besondere Stimmlisten entscheiden. Eine Listenverbindung ist nach dem polnischen Wahlgesetz nicht gestattet. Ob irgendwie eine andere Annäherung an die PPS. möglich ist, läßt sich noch nicht sagen. Der Wahlkampf der deutschen Genossen wird sicher nicht leicht sein, da sie auch über recht geringe Mittel verfügen. Ihre Presse ist nicht schlecht. Sie haben die Bielitzer Volksstimme, eine einmal wöchentlich erscheinende Zeitung und den Volkswillen in Kattowitz. Leider haben beide Blätter sehr unter dem Terror der Uebernationalisten zu leiden. Immerhin ist zu hoffen, daß die deutschen Sozialisten bei einigem Geschick nicht schlecht abschneiden werden. Freilich läßt sich bei einer politischen Wahl nichts voraussehen, am allerwenigsten in Oberschlesien.

Einigung der deutschen Sozialdemokratie in Polen.

Am Sonntag tagte in Kattowitz ein Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pommerellen, Lodz und Bielitz teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

„Der Einigungsparteitag begrüßt den Zusammenschluß des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irredentistischen Bestrebungen fern und verurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen andern proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie beauftragt die Parteileitung, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet stützen und keine Mittel scheuen, um für die Rechte der Minderheiten einzutreten und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht beschließt die Konferenz: die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Polnisch-Oberschlesien geltende Sozialgesetzgebung auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird."

Die Unabhängigen und Sozialdemokraten haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialisten Polens wieder in einer Partei zusammengefunden. Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratie Polens ist Genosse Kowoll, Redakteur am „Volkswille", Kattowitz.

Teuerungsunruhen in Polnisch-Oberschlesien.

Die Belegschaften der polnischen Gruben und Hütten beschäftigten sich in Betriebsversammlungen mit der gegenwärtigen Lage Oberschlesiens. Sie erließen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle während der Abstimmungszeit gemachten freiheitlichen Versprechungen nicht gehalten worden seien, dagegen organisierter Wucher sich breitmache. Die Verwaltung der Wojewodschaft, in der völlige Unordnung herrsche, sei machtlos. Der Aufruf schließt mit der Forderung der sofortigen Einstellung der Feierschichten.

Wegen Lohnstreitigkeiten sind auf der Donnersmarkhütte die Belegschaft der Koksanstalt und auf der Konkordiagrube die des Hochofenbetriebes ausständig. Ferner streiken die Arbeiter der Deichselschen Drahtwerke. Es finden Teuerungskundgebungen statt, bei denen es zu Ausschreitungen kam. Diese richteten sich besonders gegen die Juden und dauerten bis in die späten Nachtstunden an. Trotz starken Polizeiaufgebots wurden in verschiedenen Fällen Juden auf der Straße zu Boden geworfen, mit Stöcken und Gummiknüppeln verprügelt und ihnen die Bärte abgeschnitten. Auch zahlreiche Einbrüche wurden verübt.

Katholische Warnung vor der Sozialdemokratie

Der jetzt über 70 Jahre alte katholische Pfarrer Hohoff ist namentlich in seiner westfälischen Heimat als Verkünder eines „christlichen Sozialismus" allgemein bekannt. Gegen ihn und seine Lehre hat einst August Bebel eine Streitschrift gerichtet.

Jetzt erläßt das „Bischöfliche Generalvikariat" von Paderborn folgenden Ukas: „Die Fälle mehren sich, daß Angehörige der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich auf Pastor Hohoff in Paderborn berufend, Katholiken für den Eintritt in die freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei werben. An dem Verhalten des Pastors Hohoff könne man erkennen, daß es den Katholiken erlaubt sei, diesen Organisationen anzugehören. Pastor Hohoff erklärt zwar, daß er der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre. Sein gesamtes Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber veranlaßt aber viele Sozialdemokraten, ihn für sich in Anspruch zu nehmen und bei der Werbung von Angehörigen sich auf ihn zu berufen. In katholischen Kreisen wirkt das zum Teil ärgerniserregend, zum Teil verwirrend. Wir mißbilligen es scharf, daß ein katholischer Geistlicher es ruhig ansieht, daß unter Berufung auf ihn Katholiken in Organisationen eintreten, in denen sie ernsten Gefahren für ihren Glauben ausgesetzt sind und sehen uns genötigt, die Katholiken vor dem Anschluß an die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nachdrücklichst zu warnen."

Die hohe Geistlichkeit wird wohl vergeblich versuchen, die denkenden katholischen Arbeiter vom Evangelium des Sozialismus fernzuhalten.

Das zufriedene Bayern.

Ueber die neuerlichen Besprechungen zwischen dem Reich und Bayern veröffentlicht die „Bayerische Staatszeitung" einen Bericht, in dem es heißt, Bayern sei nunmehr zum Schutz seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben worden. Bayern habe erklärt, daß es an seinem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen festhalte, andererseits seien aber in der Frage des Staatsgerichtshofes und des Polizeiwesens die bayerischen Wünsche erfüllt. Die grundsätzliche Erklärung über die förderative Gliederung des Reiches sei erheblich vertieft und erweitert worden. Es sei nach alledem mit der demnächstigen Aufhebung der bayerischen Verordnung zu rechnen.

Die Kämpfe um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Der sächsische Landtag unterbrach gestern die Ferienpause, um in einer besonderen Sitzung zum Volksbegehren auf Auflösung des Landtags Stellung zu nehmen. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf der Tagesordnung, der eine befristete Auflösung des Landtages vorsieht und bezweckt, daß der alte Landtag bis zum Zusammentritt des neuen Landtages weitertagen soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Nach längerer, zum Teil stürmischer Debatte beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl den sozialdemokratischen Antrag wie die Regierungsvorlage zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages, in der der Rechtsausschuß Bericht erstatten soll, ist für die erste Hälfte des September in Aussicht genommen.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages war von den bürgerlichen Parteien gestellt worden, die die sozialistische Mehrheit bei einer Neuwahl zu stürzen hoffen.

Der internationale Telegraphistenwettstreit.

Dienstag empfing der Reichspräsident das internationale Preisgericht sowie die Sieger im telegraphischen Wettstreit. Staatssekretär Dr. Brehow hielt eine Ansprache an den Reichspräsidenten und teilte mit, daß der vom Reichspräsidenten gestiftete Meisterschaftspreis an Oesterreich, die beiden Länderpreise an Italien und Deutschland gefallen sind, während von den sechs großen Preisen Italien, Spanien und Dänemark je einen und Deutschland drei erhalten habe. Die Ansprache schloß mit einem Dank an den Reichspräsidenten für die Uebernahme des Protektorats des Wettstreits. Der Reichspräsident dankte, indem er hervorhob, daß es diesem friedlichen Wettstreit gelungen sei, nach langer Entfremdung das berufsmäßige Band um die Vermittler des Weltverkehrs neu zu schlingen.

*

Im „Populaire" wird ein Protest der französischen Postgewerkschaft gegen die französische Regierung veröffentlicht, aus dem ersichtlich ist, daß etwa hundert französische Beamte an den soeben beendeten Veranstaltungen der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin teilnehmen wollten. Ministerpräsident Poincaré hatte das Ministerium des Innern jedoch angewiesen, den französischen Beamten die Ausstellung von Reisepässen zu verweigern, so daß sie auf die Teilnahme verzichten mußten. Die Postgewerkschaft verurteilt das Vorgehen der Regierung in ihrer Veröffentlichung auf das schärfste und bezeichnet es als eine Provokation der Beamten.

Eine verbotene Jugendorganisation. Der preußische Minister des Innern hat dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik alle Versammlungen des „Deutschnationalen Jugendbundes" und seiner Landes-, Kreis- und Ortsgruppen bis auf weiteres verboten.

Kommunistenverhaftung in Riga. Die Rigaer politische Polizei hat den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Lettlands, der sich immer wieder zu verbergen wußte, verhaftet. Im Augenblick seiner Verhaftung soll er versucht haben, mit großer Schnelligkeit wichtige Dokumente zu zerbeißen und zu verschlucken. Ferner hat die Polizei in einer Holzscheune das Archiv des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei beschlagnahmt.

Vom englischen Zeitungskönig.

„Es ist ein trauriges Zeichen der Entartung des einst so stolzen öffentlichen Lebens Englands, daß ein Mensch ohne eigentliche Bildung, ohne Ideen, von erschreckender Gewissenlosigkeit, dessen einzige Bedeutung in seinem starken Willen zur Macht liegt, sich zum Diktator englischer Politik aufgeschwungen hat." So schrieb schon vor Jahren der verstorbene Karl Friedrich Heitmann, ein genauer Kenner Englands und der englischen Verhältnisse, über den unheilvollen Einfluß, den ein Vierteljahrhundert hindurch Lord Northcliffe in England ausgeübt hat. Und die „Daily News" schrieben schon zu Beginn des Krieges von ihm, „daß in dem gewaltigsten Kampf, den die britische Nation je gefochten hat, Dinge, die Leben und Tod betreffen, zum Spiel eines sensationellen Journalisten geworden sind."

Alfred Harmsworth — so hieß Lord Northcliffe vor seiner Erhebung zum Peer — entstammte einer Londoner Buchhändlerfamilie, war aber in der Grafschaft Dublin geboren. Im Jahre 1888 begann er seine Laufbahn als kleiner, unbeachteter Fachjournalist, indem er über die damals in Aufnahme kommende Amateurphotographie gleichgültige Aufsätze schrieb. Bald darauf kam das Radfahren in Mode. Und Alfred William Harmsworth wurde in Coventry Sportjournalist. Aber er wollte höher hinaus, und da seine schriftstellerischen Leistungen mangels jeder Originalität keine Beachtung fanden, so versuchte er es als Verleger. Aber er kam auf keinen grünen Zweig. Da kam er auf die Idee, sämtliche Leser seines Wochenblättchens gegen Unfall zu versichern. Der neue Gedanke schlug ein; der Leserkreis wuchs ziemlich rapid und binnen wenigen Jahren hatte Harmsworth nicht nur seine Schulden bezahlt, sondern ein sehr ansehnliches Vermögen erworben. Als er das Geld hatte, packte ihn der Ehrgeiz; er wollte höher hinaus und eine ganz große Tageszeitung gründen.

So entwarf er im Jahre 1894 den Plan zur „Daily Mail". In London eine neue Zeitung zu gründen, war schon damals keine Kleinigkeit, und Harmsworth wußte sehr wohl, daß er etwas Neues, nie Dagewesenes bieten müsse, wenn er Erfolg haben wollte. So entschloß er sich, den seit fast einem halben Jahrhundert bei den volkstümlichen Blättern üblichen Pennypreis zu unterbieten und ein Halfpenny-Blatt herauszugeben, das sich an die breiteste Masse des Volkes wenden, gewissermaßen auf die Straße geworfen werden sollte. Zwei Jahre lang wurde an der Ausgestaltung des Betriebes gearbeitet, und als Winter 1895/96 der technische und redaktionelle Aufbau des Blattes vollendet war, leistete sich Harmsworth eine Generalprobe, wie sie bis dahin im Zeitungswesen noch nicht dagewesen war. Im Februar wurde mit der probeweisen Herstellung der täglichen Nummer begonnen; Tag für Tag wurde eine neue, vollständig fertige Zeitung geschrieben, redigiert, gesetzt und gedruckt, und täglich wurde diese Probeauflage wieder eingestampft — Tag für Tag, drei Monate hindurch. Inzwischen bearbeitete eine selbst für englische Verhältnisse gigantische Reklame die Oeffentlichkeit. Und nachdem alles wie am Schnürchen klappte, erschien am 4. Mai 1896, von den Zeitungsboys mit ungeheurem Geschrei ausgebrüllt, die erste Nummer der „Daily Mail" auf den Straßen von London.

Das Experiment hatte Harmsworth 40 000 Pfund Sterling gekostet; aber diese Verschwendung machte sich rasch bezahlt, und der Erfolg des neuen, besonders im Anfang auf wildeste und ordinärste Sensationen eingestellten Halfpenny-Blattes war ungeheuer. Im Laufe der Zeit verlegte er noch neben der „Daily Mail", deren Abendausgabe, die „Evening News", den „Daily Mirror", eine illustrierte Tageszeitung, die allein eine tägliche Auflage von 800 000 Exemplaren hat, den „Observer", den „Glasgow Record", den „Manchester Courier", den „Leeds mercury" und Dutzende von Magazinen und Wochenschriften.

Doch alles das genügte dem Ehrgeiz dieses Mannes noch nicht, aus dessen Druckereien sich wöchentlich eine papierne Flut von 30 Millionen Zeitungsblättern über die englisch sprechende Welt ergoß. Er erstrebte hochpolitischen Einfluß und deshalb streckte er seine Hände nach dem Blatte aus, das in den Augen des Engländers als das führende der Welt galt, nach der „Times". Zwei Jahre vor dem Kriege ging die Mehrheit der Timesanteile aus den Händen der Familie Walter in die der Firma Harmsworth über. Das geschäftlich stark heruntergekommene Weltblatt nahm weniger an Ansehen als an äußerlichem Glanz in den Händen Lord Northcliffes einen neuen Aufschwung, und die „Times" wurden neben der „Daily Mail" mit ihrer die Million täglich weit übersteigenden Auflage sein wichtigstes Werkzeug zur Terrorisierung der öffentlichen Meinung in England und zur Schürung der Deutschenhetze. Lord Northcliffe tat noch ein übriges, indem er eine enge geschäftliche Verbindung mit dem Pariser „Matin" anbahnte, und aus dem Nachlaß Suvorins die Mehrheit der Anteile der deutschfeindlichen Petersburger „Nowoje Wremja" erwarb. Mit diesen beiden gleichgesinnten Bundesgenossen in den beiden anderen Ententeländern hetzte Lord Northcliffe zielbewußt zum Kriege, und an dem Unheil, das über die Welt hereinbrach, war der nun Verstorbene einer der Schuldigsten.

Besondere Theaterpreise für Ausländer. Die Berliner Staatsoper hat die Eintrittspreise ab 1. September entsprechend dem gesunkenen Valutastande erhöht. Bis auf weiteres soll aber den in Berlin Ansässigen deutscher Nationalität sowie allen vorübergehend in Berlin sich aufhaltenden Reichsdeutschen und Deutsch-Oesterreichern eine Ermäßigung um zwei Drittel der festgesetzten Eintrittspreise gewährt werden. Diese Vergünstigung tritt jedoch nur dann ein, wenn der betreffende Theaterbesucher sich an der Opernhauskasse und bei Eintritt in den Zuschauerraum der Staatsoper durch Vorzeigung eines amtlich beglaubigten Lichtbildes ausweisen kann.

Ein internationaler Kongreß der Naturfreunde, der sozialistischen Wanderbewegung findet dieser Tage in Innsbruck statt. Der Kongreß wird beschickt von vielen Ländern. Sein Zweck ist, das internationale Band der Arbeiterbergsportbewegung noch fester zu knüpfen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 198 | Donnerstag, den 24. August 1922 | 13. Jahrgang

Wiederbeginn der Volktagstagungen.

Das Gewerbegericht auch für staatliche und Landarbeiter zuständig. – Keine Liebesgabe für den Reiterverein. – Verabschiedung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung. – Spaltung bei der kommunistischen Fraktion.

Nach siebenwöchiger Pause trat der Volkstag gestern wieder zu einer Sitzung zusammen.

Präsident Dr. Treichel eröffnete pünktlich das gut besuchte Haus und machte einige geschäftliche Mitteilungen. Die Kommunisten gaben Kenntnis davon, daß sie aus der kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind und eine eigene Partei unter dem Namen „Kommunistische Partei, Freistaat Danzig, Sektion der 3. Internationale" gegründet haben. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden debattelos erledigt. Es wurden die Gesetzentwürfe betr. 4. und 5. Aenderung der Dienstbezüge der Beamten und der Gesetzentwurf über die erhöhte Anrechnung der Dienstzeit während des Krieges ohne Wortmeldungen an den Hauptausschuß weitergegeben. Der Gesetzentwurf betr. Stadtbürgerschaft wurde dem Gemeindeausschuß überwiesen. Auf Wunsch des Berichterstatters wurde der nächste Punkt der Tagesordnung: Aenderung der Bestimmungen über Schöffen und Geschworene von der Tagesordnung abgesetzt.

Bei der zweiten Beratung eines Gesetzentwurfes zur

Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes

erstattete Abg. **Mayen** (Dt. P.) Bericht über die Ausschußverhandlungen und empfahl die Annahme der Vorlage in der Ausschußfassung. Einen Beschluß des Volkstags, daß auch die Staats- und Kommunalarbeiter und die Landarbeiter dem Gewerbegerichtsgesetz unterstellt werden, hatte der Senat dahin ausgelegt, daß für diese beiden Arbeitergruppen Sondergerichte eingeführt werden sollen. Dementsprechende Vorlagen des Senats stießen jedoch beim Volkstag auf Widerspruch, insbesondere bei den Abgeordneten der Linken, worauf der Senat die Vorlage zurückzog. Er legte einen neuen Gesetzentwurf vor, nach dem 2 neue Kammern, eine für die Staats- und Kommunalarbeiter und eine zweite für die Landarbeiter geschaffen werden. Der Senat hat die Zusicherung gegeben, daß diese Neuregelung so schnell wie möglich in Kraft gesetzt wird.

Der Gesetzentwurf wurde ohne weitere Aussprache in 2. und 3. Lesung angenommen.

150 000 Mark für Pferderennen gestrichen.

Es folgte alsdann die Fortsetzung der 2. Beratung eines Gesetzentwurfes betr. vorläufiges Haushaltsgesetz für 1922. In einer der letzten Sitzungen des Volkstages vor den Ferien hatte sich bei der namentlichen Abstimmung über eine Position des Gesetzentwurfes die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben. Es wurde nun in der Abstimmung fortgefahren. Die beiden ersten Positionen wurden vom Bürgerhof ohne weiteres angenommen. Bei der Abstimmung darüber, ob dem Danziger Reiterverein zur Ermöglichung weiterer Rennveranstaltungen 150 000 Mark bewilligt werden sollen, bot sich jedoch dem Volkstag ein Schauspiel, das sich nicht oft ereignet. Das Zentrum leistete den Deutschnationalen seine Gefolgschaft! Nur Zentrumsarbeiter Slawicki stimmte als einziger seiner Fraktion für die Bewilligung der Liebesgabe für die feudale Gesellschaft. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde zur Auszählung geschritten. Sie ergab die Ablehnung der Position mit 41 gegen 27 Stimmen. (Bravo! links.) Die weiteren Abstimmungen verliefen ohne Zwischenfall. Das Gesetz wurde in 2. Lesung verabschiedet.

Der Eid der Beamten.

Das Haus schritt alsdann zur 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Eid der Beamten. Ein Antrag, daß an Stelle des Eides auch andere gesetzlich anerkannte Beteuerungsformeln gebraucht werden können, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dem Gesetzentwurf wurde ebenfalls in 2. Lesung zugestimmt.

Nunmehr stand zur Beratung der Gesetzentwurf über

die Instandsetzung von Wohnungen und Gebäuden.

Abg. Gen. **Grünbagen**: Das Gesetz ist in der vorliegenden Fassung für die Sozialdemokratische Fraktion unannehmbar. In den zwei Beratungen der Vorlage im Siedlungsausschuß sind keine Verbesserungen, sondern lediglich Verschlechterungen erfolgt. Die Senatsvorlage wäre in ihrer ursprünglichen Fassung mit geringen Abänderungen annehmbar gewesen. Mit der jetzigen Vorlage wird dem Uebelstand, der beseitigt werden soll, nicht abgeholfen. Der in den Gesetzentwurf hineingearbeitete Sachverständigenausschuß hat nur den Zweck, den Zwang, der von der Behörde auf die Hausbesitzer zwecks Renovierung ihrer Häuser ausgeübt werden kann, möglichst unwirksam zu machen. Eine weitere Verschlechterung hat der § 4 des Gesetzes erfahren. Während in der ursprünglichen Fassung bestimmt wurde, die Kosten der Instandsetzung hat der Hauseigentümer zu tragen, hat der Ausschuß den Zusatz beschlossen, „soweit die Kosten oder deren Verzinsung aus den zeitigen oder später zu erwartenden Einkünften gedeckt werden können." Die Vermögensverhältnisse des Hauseigentümers sind gänzlich außer acht gelassen worden. Dadurch kann es dazu führen, daß selbst Millionäre ihre Häuser aus Gemeindemitteln instandsetzen lassen. Ebenso unannehmbar ist die neu eingefügte Bestimmung im § 6 des Gesetzes, daß die Instandsetzungskosten, die von der Gemeinde veranlaßt werden, von der Gemeinde endgültig übernommen werden, wenn sie nicht innerhalb 20 Jahren aus den Einkünften des Grundstücks gedeckt werden können.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Sie beantragte, die Verschlechterungen wieder zu streichen. Weiter ist in § 6 einzufügen, daß die Instandsetzungskosten in Jahresraten, spätestens innerhalb 20 Jahren zurückzuzahlen sind. Bleibt der Schuldner mit 2 Raten im Rückstand, so ist die Gemeinde berechtigt, die Zwangsverwaltung zu beantragen. Solange die Instandsetzungskosten nicht zurückgezahlt worden sind, steht der Gläubigerin ein Vorkaufsrecht auf das Grundstück zu.

Wir schlagen vor, das Gesetz noch einmal an den Ausschuß zurückzugeben, damit unsere Anträge durchberaten werden können.

Das Haus beschloß, das Gesetz mit den sozialdemokratischen Anträgen an den Siedlungsausschuß zurückzuverweisen.

Es folgte die 3. Beratung des Gesetzes über

die religiöse Kindererziehung.

Abg. Gen. **Beyer** begründete in längeren Ausführungen den sozialdemokratischen Antrag. Die Bestimmung, daß die Lehrer bei Streitigkeiten über die religiöse Erziehung der Kinder gehört werden sollen, ist wieder zu streichen. Redner gab einleitend eine umfassende Darstellung der bisher geltenden Bestimmungen. Danach galt als Grundsatz: solange die Eltern über den ihren Kindern zu erteilenden Religionsunterricht sich einig sind, hat kein dritter ein Recht, ihnen darin zu widersprechen. Sonst galt die Bestimmung, daß die Kinder in der Religion des Vater erzogen werden. Der Mutter stand nur in wenigen Fällen ein Mitbestimmungsrecht zu. Betreffs der Dissidenten brachte die Revolution dem Vater das Recht, seine Kinder vom Religionsunterricht der Schule zu befreien.

In Anbetracht der neuen Gesetzesvorlage hatten die alten Bestimmungen noch etwas für sich; sie waren von durchschlagender Bedeutung, d. h. auf Grund derselben hatte eventl. der Richter zu entscheiden und schalteten in Mischehen die Hetzereien der Verwandtschaft aus. Die vorliegende Gesetzesvorlage überläßt im § 1 die Entscheidung über die religiöse Erziehung der ehelichen Kinder ohne Ausnahme der freien Einigung der Eltern. Man muß ohne weiteres der Meinung sein, daß die Eltern sich noch über diese Frage einigen werden. Allerdings ist bekannt, daß es in Mischehen störende Elemente gibt; es sind Schwiegereltern, Schwägerschaft, Bekannte und Verwandte, und — Pfarrer. Verstehen Eheleute

den Einfluß dieser bösen Geister

auszuschalten, so sind Einigkeit und Friede in der Familie gesichert; andernfalls ist die Ehe gefährdet, denn es gibt eine Sippschaft, der gilt eine Seele fangen mehr, als das Glück einer Ehe. § 2 bestimmt, daß die Einigung jederzeit widerruflich ist und durch den Tod gelöst wird. Wer die Sorge für das Wohl des Kindes allein trägt, der soll auch allein über die religiöse Erziehung des Kindes entscheiden.

Der 2. Absatz des § 2 läßt die Widerruflichkeit der Einigung in bestehender Ehe gelten, verhindert aber den sofortigen Wechsel der Religion des Kindes, das schon am Religionsunterricht in der Schule teilnimmt, dazu gehört erst die Zustimmung des andern Elternteils, oder, wenn diese versagt wird, hat erst das Vormundschaftsgericht zu entscheiden. Vor der Entscheidung können Verwandte und Verschwägerte gehört werden. Die sind es aber gerade, die die Einigung der Eltern gestört haben. Neben diese Sippe wird nun der Lehrer des Kindes gestellt, der soll hier scheinbar als Unparteiischer gelten. Ist es aber nicht, infolge seiner eignen Konfession. Der Lehrer ist der Vertrauensmann der Eltern. Mit ihnen Hand in Hand soll er die Kinder erziehen; in welcher Religion, das zu bestimmen, ist nicht seine Sache. Die Bestimmung, daß Lehrer hier hineingezogen werden, muß wieder gestrichen werden.

Das Gesetz bringt die Gleichberechtigung der Mutter. Das geschieht nicht aus Vorliebe für die Gleichberechtigung der Frau, sondern man fürchtet den Massenaustritt aus der Landeskirche, Verlust an Kirchensteuern und Schwächung der Macht der Kirche. Die Frau kehrt der Kirche seltener den Rücken, und ist dann in der Lage, die Kinder dem Religionsunterricht zu erhalten. Die Bestimmung über Anhörung des Lehrers ist eine Kannvorschrift. Der Richter wird nur die Lehrer hören, die er für gut befindet. Wäre es eine Mußvorschrift, so läge wenigstens eine Gleichberechtigung vor. Aus Hochachtung vor dem Lehrerstand bestehen wir auf seiner Ausschaltung aus dieser Vorlage, und lehnen ein Gesetz ab, das dem Lehrer Unehrenhaftigkeit und Vertrauensbruch zumutet.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 50 gegen 40 Stimmen angenommen. (Bravo! links.) Zentrum und Deutschnationale blieben in der Minderheit.

In der so geänderten Fassung wurde das Gesetz in der 3. Lesung verabschiedet. Die Tagesordnung war damit erschöpft.

Spaltung der Kommunisten

Außerhalb der Tagesordnung gab die Abg. Frau Döll (K.) eine Erklärung ab, daß sie auch weiterhin der kommunistischen Partei Deutschlands angehöre.

Um 5 Uhr vertagte sich das Haus auf heute nachmittag 3 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Wohnungsnot und Wohnungspflege.

Jedes dieser Worte ist ein besonderes Kapitel für sich und doch sind beide nicht ohne Zusammenhang. Was Wohnungsnot bedeutet, weiß ein jeder. Ihre eigentliche Bedeutung kann aber nur der würdigen, der sie am eigenen Leibe verspürt hat. Doch so oder so: Wir wissen alle, daß eine Wohnungsnot besteht.

Was hat es aber mit der Wohnungspflege für eine Bewandtnis? Was ist darunter zu verstehen? In der gegenwärtigen Zeit der Wohnungsnot wird jeder nur einigermaßen zu Wohnzwecken geeignete Raum als Wohnung ausgenutzt, trotzdem er manchmal die Bezeichnung „Wohnung" gar nicht verdient. Der Zustand mancher derartiger Räume ist menschenunwürdig. Und doch könnten verschiedene dieser Räume — und auch manche andere Wohnung — bei einigermaßen gutem Willen erheblich wohnlicher gestaltet werden.

Wohl kann man es verstehen, wenn sich so mancher Familie ein Gefühl der Gleichgültigkeit und Verzweiflung bemächtigt, wenn sie sich dauernd mit einer ungenügenden Wohnung (oft nur einem Loch) begnügen muß, die nicht nur räumlich nicht ausreicht, deren Zustand außerdem einer völligen Verwahrlosung gleichkommt, weil der Vermieter nichts für die Instandsetzung tut. Hiergegen sollen jetzt gesetzliche Mittel und Wege zur Anwendung kommen, die den Vermieter zwingen, auch seinerseits etwas für den Zustand derjenigen Räume zu tun, die er als Wohnung vermietet und für die er den Mietzins einstreicht.

Aber auch der Mieter muß etwas für die Wohnung übrig haben. Seine Pflicht ist die pflegliche Behandlung der Wohnräume. Er darf an sich schon nicht gute Wohnräume durch seine Schuld nicht noch unwohnlicher machen. Gleichgültigkeit ist hier nicht am Platze. Den Schaden hat nicht der Hauswirt, sondern der Mieter und seine Familie.

Von den Mietern läßt sich doch so mancherlei tun, um der Wohnung den ungemütlichen Eindruck zu nehmen. Je räumlich beschränkter eine Wohnung ist, um so mehr muß hierauf Wert gelegt werden. Dazu gehört mancherlei. Man denke sich zwei gleich große Wohnungen, die beide im gleichen baulichen Zustande sind. In der einen Wohnung peinlichste Sauberkeit, alles aufgeräumt, nichts umherliegend, hübscher Wandschmuck, saubere Fenster und Gardinen, überall das Bestreben, die Wohnräume „schmuck" zu halten. Die andere Wohnung ist voller Unordnung, nichts aufgeräumt, schlechte Luft infolge mangelnder Lüftung, um den Ofen Wäschestücke zum Trocknen, die Luft vielleicht noch erfüllt vom Tabaksqualm, der Fußboden unsauber, kein Wandschmuck, die Fenster schließlich noch durch unsaubere Gardinen verhängt.

Zur Wohnungspflege gehört vor allem eine ausreichende Durchlüftung der Wohnräume. Im Sommer, wenn nicht gerade Zugluft herrscht, sollte ständig ein Fenster offen gehalten werden. Im Winter lüfte man mindestens morgens vor der Heizung. Wer es möglich machen kann, d. h. wenn er ausreichendes Heizmaterial besitzt (das dürfte allerdings nicht so leicht sein), lüfte abends noch einmal. Ausreichende Lüftung verhütet das Feucht- und Dumpfwerden der Wohnungen. Den Kochdämpfen verschaffe man schnellstens Abzug. Kranke, vornehmlich Lungen- oder Geschlechtskranke, sind aus den Wohnungen, besonders den beengten, fernzuhalten. Sie gehören in ein Krankenhaus. Daß die Wohnung morgens gründlich zu kehren ist, weiß jede vernünftige Hausfrau. Sie weiß auch, daß öfteres Aufwischen not tut und daß der feuchte Wischlappen in jeden Winkel und in jede Ecke fahren muß, um den Staub dort wegzunehmen und um die Einnistung von Ungeziefer zu verhüten. Staub muß immer entfernt werden, am besten mit feuchtem Lappen. Es ist darauf zu achten, daß die Ablaufflächen der Fensterbretter stets frei sind und daß die Ablauflöcher selbst frei gehalten werden müssen, um einen Ablauf des Wassers zu ermöglichen. Gerade die Fensterbecher sind oftmals der Herd für Pilzbildungen. Der Luft und dem Licht darf der Zugang zu den Zimmern nicht verwehrt werden.

Nichts geht über ein schönes, gemütliches und gesundes Heim. Nicht von heute auf morgen ist überall durchgreifend eine Aenderung der jetzigen Wohnungsverhältnisse zu erreichen. Inzwischen ist aber durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß vorhandene Wohnräume durch unpflegliche Behandlung nicht verschlechtert werden.

B. G.

Neue Lohnvereinbarungen im Hoch- und Tiefbaugewerbe.

Am gestrigen Tage fanden Verhandlungen für das Hoch- und Tiefbaugewerbe für das Lohngebiet Danzig-Stadt statt, bei denen vereinbart wurde, daß eine staffelweise Steigung der Löhne eintreten soll, und beträgt nach dieser der Stundenlohn einschließlich Geschirrzulage für:

	18.—24. 8.	25.—31. 8.	1.—7. 9.	8.—14. 9.
Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton	45.—	50.—	55.—	60.— M
Zementarbeiter	43.—	48.—	53.—	58.— M
Bauhilfsarbeiter	42.—	47.—	52.—	57.— M
Erd- u. Tiefbauarbeiter, ständige Platzarbeiter	40.—	45.—	50.—	55.— M
jugendl. Arbeiter von 15–17 Jahren	23.—	24.—	25.—	26.— M
jugendl. Arbeiter unter 15 Jahren	19.—	20.—	21.—	22.— M

Erhöhung der Tarifsätze im Güter- und Expreßgutverkehr. Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf eingereicht, wonach der Senat ermächtigt werden soll, mit Wirkung vom 1. September d. J. einer Erhöhung der zurzeit im Güter-, Tier- und Expreßgutverkehr geltenden Frachtsätze auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig um 50 v. H. zuzustimmen. Zur Begründung wird angeführt, daß die polnische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. September d. J. auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig die Tarifsätze um 50 v. H. zu erhöhen, damit die Tarifsätze auf den Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt Danzig mit den auf den deutschen Eisenbahnen geltenden Tarifsätzen, die vom 1. September ab ebenfalls um 50 v. H. heraufgesetzt werden sollen, auch weiterhin in Uebereinstimmung bleiben. Veranlaßt ist die Tariferhöhung durch die steigenden Materialkosten und Mehraufwendungen für Besoldungen infolge des Valutasturzes.

Ein Opfer des Spielklubs. Ein Kaufmann Fritz Powils in Danzig hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen Unterschlagung von 50 000 Mark zu verantworten. Er war bei einer Firma tätig und hatte hier die Lohnkasse

Volkswirtschaftliches.

Wiederaufrichtung des deutschen Seeverkehrs. Die deutsche Handelsschiffahrt ist auf dem besten Wege, sich dem Verkehrsstand der Vorkriegszeit wieder anzugleichen. [illegible] ist die Handelsschiffahrt des „Siegerstaates" Frankreich krank gelegt worden und scheint noch weit von der Wiederherstellung entfernt zu sein. Der Verkehr im Hamburger Hafen, der sich im Jahre 1913 auf 129 Millionen Registertons belief, war im Jahre 1920 nur noch 1,5 Mill. To., im folgenden Jahre stieg er auf 9,4 Mill. To. an, und dieses Jahre dürfte er auf 12 Millionen To. kommen (denn schon in den ersten 5 Monaten hat er 4,9 Millionen To. betragen). Die Haupthäfen Frankreichs (Marseille, Rouen, Bordeaux und le Havre) hatten 1913 einen Verkehr von insgesamt 22,8 Millionen To., der bis zum Jahre 1920 auf 20,3 Millionen To. gesunken war und 1921 nur noch 15,7 Mill. To. betrug. Die großen Häfen Hollands und Belgiens (Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen) haben ihren Verkehr ungefähr wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht.

Polens Wirtschaftsverhältnis zu Frankreich und Deutschland. Nach der Statistik stellt „Journal de Pologne" fest, daß die Einfuhr Polens aus Frankreich im Jahre 1921 85 000 Zentner betrug, dagegen aus Deutschland 30 Millionen Zentner. Die Ausfuhr nach Frankreich betrug 250 000 Zentner, nach Deutschland 5 Millionen Zentner. Das Blatt hält die Statistik besonders deswegen für bedeutungsvoll, weil die Einfuhr aus Deutschland, die im Jahre 1920 80 Prozent betrug, 1921 62 Prozent ausmachte. Die Ausfuhr nach Deutschland betrug 1920 37 Prozent, 1921 20 Prozent.

Ausländische Wirtschaftstätigkeit in Deutschland. Nach einer Meldung aus Halle kaufte ein Konsortium von Amerikanern und Holländern in Frankenrode an der Werra große Geländekomplexe zur Errichtung einer ausgedehnten Zementfabrik.

Die Einfuhr englischer Kohle im Juli. Auf Grund der erteilten Einfuhrscheine sind im Juli etwa 1 100 000 Tonnen englische Kohle nach Deutschland eingeführt worden. Die Einfuhr an holländischer Kohle stellte sich auf 10 000 Tonnen. Ueber die Einfuhr aus dem Saargebiet liegen die genauen Ziffern noch nicht vor, doch wird nach vorläufiger Schätzung mit einer Einfuhr von etwa 60 000 Tonnen zu rechnen sein.

Weshalb das Papier teuer ist. Die Nutzholzversteigerung des Forstamtsbezirks Stiege im Harz brachte insgesamt den Erlös von 635 956 Mark, obwohl der Taxwert nur 563 135 Mark betragen hatte. Das ist eine Ueberwertung von 1100 Prozent. Beim Brennholz wurde die Taxe um 3163 Prozent überboten. Der Gesamterlös stellte sich auf 8 251 950 Mark.

Die Preisentwicklung auf dem Baustoffmarkt macht weiter rapide Fortschritte. Die Bautätigkeit wird noch stärker als bisher behindert werden, wenn diese Preise sich halten oder, was zu befürchten ist, noch weiter heraufgesetzt werden. Die märkischen Ziegeleien haben für 1000 Steine den Preis um 900 Mark erhöht und kommen damit auf 1000 Mark. Gegenüber dem Preis vor dem Kriege bedeutet es eine Steigerung um ungefähr das 174fache. Das Norddeutsche Zementsyndikat hat eine Tonne Zement von 2105 auf [illegible] Mark gesteigert und für Kalk ist ein Zuschlag pro Tonne von 800 Mark in Ansatz gebracht.

90 Prozent Zoll auf Farben in Amerika. Der amerikanische Senat hat die Zollsätze von 10½ Cents je Pfund oder 90 Prozent vom Wert für fertige Kohlenteerfarbenerzeugnisse genehmigt. Diese Sätze bedeuten praktisch das Einfuhrverbot für Farben in Amerika.

Die erste Sowjetlokomotive. In den Petersburger Eisenbahnwerkstätten ist kürzlich die erste Lokomotive nach der Revolution fertiggestellt worden. Ihr Preis beträgt 75 Milliarden Sowjetrubel.

Chile verbietet die Einfuhr deutscher Waren. Die französische Presse meldet aus Santiago de Chile, daß die dortige Regierung beschlossen habe, die Einfuhr deutscher Waren zu verbieten, so lange Deutschland der Einfuhr von Nitrat Schwierigkeiten bereite. Eine größere Anzahl Abgeordneter beabsichtigt, der Kammer einen Gesetzentwurf zu überreichen, nach dem die Einfuhr von Waren jener Länder verboten wird, die keine freie Einfuhr für Nitrate gewähren.

Polnische Steinkohle für Lettland. Die lettländische Eisenbahnverwaltung erwarb für ihre Betriebe Steinkohlen aus dem Dombrower Revier. Diese Kohlen stellen sich für Lettland bedeutend billiger als amerikanische und englische Steinkohlen und sollen diesen keineswegs an Qualität nachstehen.

Kleine Nachrichten.

Geschäftliche Sperrmaßnahmen in Köln. Zur Ausnutzung des Marksturzes treffen täglich Scharen von Ausländern im besetzten Gebiete ein, die hier alles, wessen sie habhaft werden können, zusammenkaufen. Man schätzt die Zahl dieser Valutaaufkäufer auf 200 000. Die Geschäfte haben sich zunächst dadurch zu schützen versucht, daß die nicht zur Besatzung gehörenden Ausländer einen Preisaufschlag von 50 bis 100 Prozent zu tragen hatten. Als auch diese Maßnahme nichts half, ist eine Reihe Kölner Firmen dazu übergegangen den Verkauf an Ausländer zu sperren. Viele Geschäfte haben ganz geschlossen, andere nur stundenweise geöffnet. Die Kölner Verbraucher, die Angestelltenverbände und die Gewerkschaften fordern energische Maßnahmen gegen diese neue Auspowerung Deutschlands, die die Zustände vom vorigen Jahre noch weit übertrifft.

30 000 streikende Arbeiter in Budapest. In den Budapester Eisenwerken und Maschinenfabriken ist der Streik erneut ausgebrochen. Der Ausstand erstreckt sich bereits auf 75 Prozent der Betriebe mit ungefähr 30 000 Arbeitern.

Republikanische Straßennamen. In Barmen heißt der Bahnhofsplatz jetzt Platz der Republik, die Bahnhofstraße Fritz-Ebert-Straße, der Bruderplatz Friedrich-Engels-Platz. Weitere Straßen wurden benannt nach August Bebel, Rathenau, Einstein, Eugen Richter, Bennigsen, Windhorst usw.

Die Freigabe der deutschen Vermögen in den früheren deutschen Südseegebieten hat jetzt die japanische Regierung beschäftigt. Die Beratungen haben sich inzwischen so weit verdichtet, daß gewisse Geneigtheit besteht, deutsche Vermögen bis zu 10 000 Yen restlos und größere Vermögen im Verhältnis freizugeben.

Gewerkschaftsniederlage der Kommunisten. Bei der Wahl im Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes zum Verbandstag in München wurden 21 Delegierte der Richtung Amsterdam und trotz aller Anstrengungen der Kommunisten nur 3 der Moskauer Richtung gewählt. Die Delegierten gehören mit 15 der SPD., 6 der USPD. und 3 der KPD. an.

Aussperrung der Leipziger Metallarbeiter. Seitens des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig ist über die Arbeiter der Metallwaren- und Armaturenfabriken die Aussperrung verhängt worden. Von der Aussperrung werden über 6000 Arbeiter betroffen.

Marksturz und Markbesserung. Wie die „P. P. N." hören, steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige außerordentlich starke Devisenhausse auf rein spekulative Ursachen zurückzuführen ist und keinerlei sachliche Begründung hat. Die Reichsregierung kommt als Devisenkäuferin jetzt und für absehbare Zeit nicht in Frage. Die Ausgleichszahlungen sind für vier Wochen gestundet, die Devisenzahlungen in der Schwebe. Die Befürchtung wegen der bevorstehenden französischen Maßnahmen scheint durchaus übertrieben. Die Reichsregierung warnt deshalb eindringlich vor einer übertriebenen Nervosität.

Der unzulängliche Panamakanal. Konteradmiral Cole erklärte bei einer Festlichkeit in Nicaragua, daß der Kanal von Panama in seinen Ausmaßen wie in seinen technischen Einrichtungen nicht den Anforderungen des modernen Schiffsverkehrs genüge. Täglich könnten höchstens 18 Schiffe passieren. Der Kanal von Nicaragua sei daher eine dringende Notwendigkeit. Das Marinedepartement der Vereinigten Staaten werde Stellung dazu nehmen.

Wasserstandsnachrichten am 23. August 1922.

	21. 8.	22. 8.
Zawichost	+ 0,90	+ ,
	21. 8.	22. 8.
Warschau	+ 0,82	+ ,
	21. 8.	22. 8.
Plock	+ 0,79	+ ,
	22. 8.	23. 8.
Thorn	+ 0,63	+ ,
Fordon	+ 0,58	+ 0,58
Culm	+ 0,51	+ 0,62
Graudenz	+ 0,72	+ 0,68

Kurzebrack	+ 1,10	+ 1,04
Montauerspitze	+ 0,60	+ 0,52
Piekel	+ 0,60	+ 0,51
Dirschau	+ 0,74	+ 0,66
Einlage	+ 2,36	+ 2,30
Schiewenhorst	+ 2,60	+ 2,58
Nogat:		
Schönau O. P.	+ 6,33	+ 6,30
Galgenberg O. P.	+ 4,08	+ 4,66
Neuhorsterbusch	+ 2,04	+ 2,12
Anwachs	+ ,	+ ,

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig. Druck von J. Gehl u. Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter.

Auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1922 — Gesetzblatt S. 147 — sowie der Verordnung zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 — Reichsgesetzblatt S. 401 / 18. August 1917 — Reichsgesetzblatt S. 823 und des § 41 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 — Reichsgesetzblatt S. 755 — wird verordnet:

§ 1.

Für Butter wird der Höchstpreis im Kleinverkauf auf Mk. 140.— das Pfund festgesetzt.

§ 2.

Für Vollmilch wird der Höchstpreis im Kleinverkauf auf Mk. 14.— für das Liter festgesetzt.

Der Höchstpreis für das Liter Vollmilch zwischen Landkäserei und Kuhhalter wird auf Mk. 9,80, zwischen Stadtmolkerei und Landkäserei auf Mk. 11.— für das Liter frei Bahnhof oder Dampferanlegestelle Danzig festgesetzt.

Für Kuhhalter, die ihre Milch frei Städt. Verkaufsstelle anliefern, wird ein Preis von Mk. 11,30 für das Liter festgesetzt.

§ 3.

Das Anbieten, Kaufen oder Verkaufen über die angegebenen Höchstpreise hinaus wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu Mk. 100 000.— oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 23. August 1922 in Kraft.

Danzig, den 22. August 1922. (7102

Der Senat der Freien Stadt Danzig.
Dr. Ziehm. Karow.

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 **Pfefferstadt 71 I** Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Wilhelm-Theater
Langgarten 31.
Ab 1. September:
Sensations-Gastspiel
Sylvester Schäffer!!
Die größte Attraktion der Welt!
Dazu ein fabelhaftes
Varieté-Programm!

Große öffentliche
Bäckergesellen-Versammlung
am Donnerstag, den 24. August 22, abends 6 Uhr in der Aula der Petrischule am Hansaplatz.
Tagesordnung:
1. Welche Schritte haben wir gegen die von den Bäckermeistern beantragte Verlegung der Arbeitszeit und die allmähliche Wiedereinführung der Nachtarbeit zu unternehmen? Ref. Kollege Joseph.
2. Freie Aussprache. (70[illegible]9
Um zahlreichen Besuch der Versammlung wird gebeten, desgleichen werden auch die Bäckermeister, sowie die Gewerbeinspektion höflichst eingeladen.
Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stroh- Panama- Velour- Filz- **Hüte**
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit 7012
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle).

Ein Junge zum Brotaustragen
sofort gesucht. (7099
R. Westphal, Fuchswall 10.

Portier
für ein Privathaus gesucht. Flur- und Straßenreinig. Dampfheizung. Angebote mit Berufsangabe unter E. 592 an die Expedition Volksstimme. (†

Ersten Zimmergesellen
mit allen Arbeiten vertraut, stellt sofort ein. Angebote unter E. 591 an die Expedition der Volksstimme. (†

Friseurgehilfe
sofort gesucht. O. Thrun, Gr. Bäckergasse 12—13. (†

Kellnerlehrling
welcher Lust zum Beruf hat, kann sich melden. Ang. unter E. 59[illegible] an d. Exp. Volksstimme. (†

Jüng. Laufburschen,
schulentlassen, stellt zum 1. September ein. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6. (†

Hausmädchen
mit guten Zeugnissen sofort gesucht. Ang. unt. E. 596 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Putzmacherin
für Privathaushalt gesucht. Angeb. unt. E. 594 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Handnähterin
in der Maßschneiderei bewandert, kann sich melden. Angeb. unt. E 593 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Junge Dame
für Kontor und Lager gesucht. Angeb. unt. E. 595 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Anständiges, ehrliches Laufmädchen
für sofort gesucht. Mühret-Hennig, Langgasse 10. (7098

Flotte Verkäuferin
für Textilwaren wird eingestellt. Angebote unter E. 584 an die Expedition der Volksstimme. (†

Waschfrau
kann sich melden. Wo sagt die Exp. der Volksstimme. (†

Weißzeugnähterin
fürs Haus gesucht. Ang. unter E. 597 an die Exp. Volksstimme. (†

Anständig. Mann sucht Beschäftigung
gleich welcher Art. Angeb. unter V. 587 a. die Exped. der Volksstimme. (†

Jg. Frau sucht noch Stellen zum Waschen.
Angebote unt. E. 569 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Nähmaschine
fast neu (Zimmermann) zu verkaufen. Wo sagt Exp. der Volksstimme. (†

Rundstrickmaschine
zu verkaufen. Angebote unter V. 578 an die Exp. der Volksstimme. (†

Neuer eis. Ofen
mit Kochringen zu verkaufen. Wo sagt die Exp. der Volksstimme. (†

Kleiner eiserner Ofen
zu verkaufen. Wo sagt die Expedition der Volksstimme. (†

4 Bd. Dr. Bilzsches Heilverfahren zu verkf.
Derschau, Schidlitz, Oberstraße 86/87. (†

Hobelbank
zu kaufen gesucht. Offert. unter E. 583 an die Exped. der Volksstimme erb. (†

Kindersportwagen
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. E. 557 an d. Exp. d. Volksstimme. (†

Kinderbettgestell
zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E. 567 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Zahle bis 8000 M
für Nähmaschinen. Offert. unt. V. 577 an die Exped. der Volksstimme. (7095

Tausche Wohnung
gegen Laden im Geschäftsviertel oder Bahnhof. Ang. unter E. 580 an die Exp. der Volksstimme. (†

Pass. f. Handwerker
Tausche meine neu renov. Wohnung, 2 Zimm. 1. Etg. Rammbau gegen größere. Off. unt. V. 576 a. d. Exped. die Volksstimme. (7094

Helle Stube u. Küche, groß. Boden geg. 1 Stube, Kabinett und Küche oder 2 Zimmer zu tauschen gesucht, evtl. auch Schidlitz. Off. unt. V. 574 a. d. Exped. der Volksstimme. 7092

Jung. anständ. Mann sucht
einf. möbl. Zimmer
od. Schlafstelle ab 1. 9. 22. Angeb. unt. V. 573 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Möbl. Vorderzimmer
mit bes. Eingang zu vermieten. Angebote unter E. 580 an die Exp. der Volksstimme. (†

Junger Mann sucht einfach möbl. Zimmer zu mieten. Angebote unter E. 590 an die Exp. der Volksstimme. (†

Zimmer auch tageweise zu vermieten. Angebote unter E. 588 an die Exp. der Volksstimme. (†

Junges Mädchen, berufstätig, sucht
saubere Schlafstelle
oder als Mitbewohnerin zum 15. September. Offert. unter V. 575 an die Exped. der Volksstimme. (†

Möbelbeiladung
nach Hamburg gesucht. Von wem sagt die Exped. der Volksstimme. (†

Schäferhündin
entlaufen! Abzugeben Engl. Damm 6 a. (†

Verlangen Sie die „Volksstimme" in den Gaststätten!

Einzelnummer 2 Mk.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. – Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 8,— Mk., von auswärts 10,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 25,— Mk., von auswärts 30,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 198 | Donnerstag, den 24. August 1922 | 13. Jahrgang

Volkstag werde hart!

Der Volkstag hat gestern nach seiner Sommerpause die Arbeiten wieder aufgenommen. Die Danziger Bevölkerung sieht dem Zusammentritt unseres Parlaments diesmal mit ganz anderem Interesse entgegen als es sonst der Fall war. Die breiten Volksmassen erwarten mit Recht, daß unser Parlament endlich Mittel und Wege finden wird, um dem herrschenden Wucher Einhalt zu gebieten. Wenn es nach den Agitationsphrasen der bürgerlichen Parteien ginge, so müßte im Volkstag eine Einheitsfront von Schwegmann bis Rahn gegen den Wucher entstehen. Aber die bürgerlichen Parteien und ihre gesamte Presse machen zwar ein paar Redensarten über die Teuerung, um ihren Anhängern und Lesern Sand in die Augen zu streuen; im übrigen aber hüten sie sich, wirksame Maßnahmen gegen den Wucher zu ergreifen. Es blieb wieder nur der Sozialdemokratie überlassen, wirksame Gesetzentwürfe gegen den Lebensmittelwucher einzubringen. Diese werden wahrscheinlich noch heute im Volkstag zur Beratung kommen, und die bürgerlichen Parteien werden dann Gelegenheit haben, ihre so oft angepriesene Volksfeindlichkeit zu beweisen. Aus einer Aeußerung der „Danziger Allgemeinen Zeitung" kann man allerdings entnehmen, daß die Deutschnationalen auch angesichts der ins Ungeheure gestiegenen Teuerung weiterhin für die Freiheit des Wuchers eintreten werden. Ueber die von unserer Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfe schreibt das Blatt von „sozialistischen Zwangswirtschaftsplänen". Von den anderen bürgerlichen Parteien liegeen überhaupt noch keine Aeußerungen zu unseren Anträgen vor. Wir können durchaus das Unbehagen der bürgerlichen Parteien verstehen, die im Interesse ihrer Agrarier und Großkaufleute seinerzeit für die Wiedereinführung des freien Handels eintraten und die nun aber andererseits die Erregung ihrer Anhänger in Beamten-, Angestellten- und Kleinbürgerkreisen beschwichtigen müssen und in diesem Dilemma keinen Ausweg finden.

Daß selbst von der Deutschen Partei, die ihre hauptsächlichsten Anhänger unter den Konsumenten der Großstadt Danzig hat, wirksame Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln nicht zu erwarten sind, geht aus einem Artikel in der heutigen Morgenausgabe der „Danziger Zeitung" hervor. Darin nimmt der Chefredakteur des Blattes Dr. Müller zu dem vor zwei Monaten beschlossenen Getreideumlagegesetz Stellung und erklärt, daß die Durchführung des Gesetzes zur Unmöglichkeit geworden sei. Das Blatt des linken Flügels der Deutschen Partei lehnt zwar die Redensarten der Agrarier von der Sonderbesteuerung der Landwirtschaft durch das Umlagegesetz ab, erklärt aber weiter, daß die seinerzeit festgesetzten Preise infolge der Markkatastrophe nicht mehr haltbar seien. Daß die Landwirtschaft mit den durch das Umlagegesetz festgesetzten Preisen bei dem heutigen niedrigen Stand der Mark keine großen Reichtümer ernten kann, geben wir zu. Die Landwirtschaft hat es aber verstanden, aus all ihren anderen Erzeugnissen so ungeheure Wuchergewinne zu erzielen, daß sie sich einmal auch mit einer verhältnismäßig bescheidenen Bezahlung eines ihrer Produkte zufrieden geben muß. Weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung und auch der Arbeiter und Handwerker auf dem Lande ist es nicht möglich gewesen, ihr Einkommen auch nur im entferntesten so zu steigern, wie es die Landwirte verstanden haben. Und da wir in einem demokratischen Staatswesen leben, haben die Interessen der breiten Volksmassen den Interessen der kleinen Schicht der Agrarier voranzugehen. Würde die Zwangswirtschaft für Getreide aufgehoben werden, dann würden wir denselben Preiswahnsinn erleben, der heute auf den andern Gebieten des Lebensmittelmarktes herrscht. Die bürgerlichen Parteien aber sollten sich klar werden, daß mit einigen mehr oder minderberechtigten theoretischen Aeußerungen der Hunger der breiten Volksmassen nicht gestillt werden kann.

Daß die Ernte nicht so befriedigend ausgefallen ist, wie seinerzeit erwartet werden konnte, ist zutreffend. Es ist aber durchaus noch nicht erwiesen, daß die Landwirtschaft im Freistaat Danzig nicht imstande ist, die angeforderte Getreideumlage aufzubringen. Wenn die Klagen der Landwirtschaft über die Mißernte unumstößliche Wahrheit gewesen wären, dann hätten die Agrarier es nicht notwendig gehabt, in ihrem demagogischen Petitionsrummel die Landarbeiter vor ihren Karren spannen zu wollen und diesen die größten Versprechungen zu machen, wenn auch diese für die Aufhebung der Getreideumlage eintreten würden. Und wenn die „Danziger Zeitung" weiter darauf hinweist, daß auch die Landwirte die Industrieprodukte sehr teuer bezahlen müssen, so beweist das nur den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn daß die Preise für Eisen schon vor einiger Zeit das Hundertfünfzigfache des Friedenspreises betrugen, läßt sich in keiner Weise durch den Sturz der Mark rechtfertigen.

Es wird ein harter Kampf werden und die Danziger Arbeiterschaft wird alle ihre Kräfte anspannen müssen, um den neuen Vorstoß der Agrarier abzuwehren. Wie eine Tragikomödie wirkte es daher, daß in der gestrigen Volkstagssitzung sich die kommunistische Fraktion spaltete. Während die Mehrzahl der Fraktion eine Erklärung abgab, daß sie sich in Zukunft als „Kommunistische Partei des Freistaates Danzig" bezeichnet, erklärte die Abgeordnete Döll, daß sie fernerhin der Kommunistischen Partei Deutschlands angehört. Das Gefühl für Lächerlichkeit ist den Kommunisten ja schon längst abhanden gekommen. Die von den Kommunisten so oft geforderte Einheitsfront des Proletariats ist sicherlich notwendig im Kampfe gegen den Kapitalismus. Aber Querulanten und politische Kindsköpfe wären keine Verstärkung der einheitlichen Kampfesfront der Danziger Arbeiterschaft.

Der Irengeneral Collins ermordet.

Der militärische Führer der Freistaatregierung von Irland wurde von irischen Aufständischen am Dienstag abend erschossen. Collins befand sich auf einer Inspektionstour und war von einer Anzahl Korpsoffiziere und Soldaten begleitet, als der von einer großen Anzahl irischer Irregulärer unternommene Angriff erfolgte Collins erlitt einen schweren Kopfschuß; kurze Zeit darauf verschied er. Offiziell wird mitgeteilt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß das irische Parlament am Sonnabend zusammentreten wird. Der Chef des Generalstabes des irischen Freistaatheeres hat ein Manifest an das irische Heer erlassen, in dem er es auffordert, das nichtvollendete Werk Collins unerschrocken zu Ende zu führen.

Deutschösterreichs Verzweiflung.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel macht augenblicklich eine Rundreise durch Europa, um den Regierungen die katastrophalen Verhältnisse Oesterreichs darzulegen. Augenblicklich weilt er in Berlin. Hier fanden Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler Seipel und Finanzminister Segur einerseits und der deutschen Regierung andererseits statt. Seipel erörterte ausführlich die politische und wirtschaftliche Lage Oesterreichs, wie sie sich nach dem Ausgang der Londoner Konferenz darstellt, wo bekanntlich Oesterreich in der Kreditfrage an den Völkerbund verwiesen wurde. Seipel erklärte, Oesterreich würde natürlich seine Sache vor dem Völkerbund mit allem Nachdruck betreiben. Eine Verschleppung der Kreditfrage wäre aber nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Zentraleuropa verhängnisvoll. — Bei den Besprechungen ergab sich Uebereinstimmung darüber, daß Oesterreich danach trachten müsse, mit Unterstützung seiner Nachbarn über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Auf deutscher Seite wurde betont, daß Deutschland im Rahmen seines eignen Könnens dem bedrängten Brudervolk wo irgendmöglich helfen werde. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben werden sich den Berliner Besprechungen anschließen.

In den Räumen der österreichischen Gesandtschaft fand gestern nachmittag ein Presseempfang statt, bei dem Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Segur den versammelten Vertretern der Berliner Presse eingehende Mitteilungen über Anlaß und Zweck der Reise machten. Bundeskanzler Seipel erklärte, daß eine außenpolitische Neuorientierung noch nicht in Aussicht genommen sei.

Die beiden Minister traten noch gestern abend eine Reise nach Verona an, wo sie eine Zusammenkunft mit dem italienischen Minister des Aeußern Schanzer haben werden.

Ueber die eigentlichen Ziele der Reise sprach der Finanzminister Segur. Er ging aus von der prekären Lage, in die Oesterreich gebracht wurde, als die Londoner Konferenz das Anleihegesuch an den Völkerbund verwies, wodurch die Verzögerung in der Errichtung der Notenbank eintrat. Trotz der früheren trüben Erfahrungen werde Oesterreich den Rat der Londoner Konferenz mit allem Ernst aufnehmen. In dem jetzigen Augenblick, wo das Brot über 4000 Kronen kostet und allwöchentlich um etw. 1000 Kronen teurer werde, frage es sich, ob überhaupt noch eine Möglichkeit vorhanden sei, Oesterreich in dem vom Friedensvertrag vorgesehenen Zustand zu erhalten.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times" erfährt, es sei unmöglich, daß der Völkerbund irgendeine Verantwortlichkeit bezüglich Oesterreichs übernehmen werde und zwar mit der Begründung, daß die Tatsachen genügend bekannt seien, und daß der Völkerbund nicht in der Lage sei, praktische Unterstützung zu gewähren. Wenn die Ansicht sich bestätigt, werde die Verantwortlichkeit auf alle alliierten Regierungen zurückfallen.

Die Vertreter der Reparationskommission in Berlin.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Reichskabinetts standen die Verhandlungen mit dem österreichischen Bundeskanzler und mit den Beauftragten der Reparationskommission zur Beratung. Man hält es in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich, daß die Richtlinien für deutsche Erklärungen an die Abgesandten der Reparationskommission erörtert wurden. Die Beratungen werden heute vormittag fortgesetzt. Zum Anschluß an die Kabinettssitzung hat der Reichskanzler Bradbury und Mauclère empfangen. Es ist möglich, daß die Verhandlungen mit Bradbury und Mauclère, die morgen fortgesetzt werden, am Sonnabend zu einem Abschluß gelangen.

„Westminster Gazette" schreibt: Der rasche Sturz der Mark zeigt, wie kritisch die Lage in Deutschland ist. Wenn schon die französischen Drohungen ein solches Ergebnis haben, was wird dann erst auf eine Aktion folgen. Das Blat gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Poincaré es sich wohl überlegen werde, bevor er gegen das Urteil der Welt zur Aktion überginge.

Die Zwangsmaßnahmen im Elsaß.

Das Generalkommissariat veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Oberkommissar wurde heute vom Ministerpräsidenten empfangen. Er unterrichtete ihn über die Frage der Ausweisungen und der Sequestierungen, die sich aus der Entscheidung vom 5. August über die deutschen Guthaben in Banken und Finanzinstituten ergaben. Nachdem die Frage der Ausgleichszahlungen auf dem Wege einer gütlichen Regelung angelangt ist, werden die Retorsionsmaßnahmen aufgehoben werden. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgewiesen wurden, bleiben bestehen. Eine spätere Mitteilung wird den Termin bekanntgeben, an welchem der Beschluß über die deutschen Guthaben aufgehoben wird.

Von den schlesischen Sejmwahlen.

Der Kampf hat eigentlich schon auf der ganzen Linie begonnen, und man kann sagen, er wird ziemlich scharf geführt. Zwei Lager heben sich deutlich ab. Den National- und Christlichdemokraten, einer Mischung aller bürgerlichen Parteien, stehen die nationalen Arbeiterparteiler und die Polnische Sozialistische Partei gegenüber. Der anerkannte Führer der ersteren ist Korfanty, als Haupt der gegnerischen Gruppe kann man den Wojewoden Rymer bezeichnen, der vor seinem Amtsantritt bekanntlich Angestellter der Polnischen Berufsvereinigung gewesen ist. Die Arbeitergruppe verfügt über den zivilen Apparat der Wojewodschaftsverwaltung. Ihren bürgerlichen Gegnern stehen die illegalen, vielleicht auch die legalen Waffen zur Verfügung, die in Polnisch-Oberschlesien reichlich vorhanden sind. Die überlegene Mehrheit ist zweifellos bei den Arbeitern. Aber die Anhänger Korfantys haben die größere Aktivität. Der Mann selbst ist ein Programm. Seine Niederlage in Warschau hat ihm freilich auch in Oberschlesien etwas geschadet. Aber sein Ruhm unter den Patrioten ist groß genug, daß er sich eine kleine Schlappe leisten kann.

Seine Gegner sind entschieden schlimmer daran. Die nationale Arbeiterpartei hat in der Person den Wojewoden Rymer zwar die Regierung übernommen. Aber es zeigt sich täglich deutlicher, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Das wirtschaftliche Leben stockt. Es ist ein furchtbarer Warenmangel in Kattowitz. Viele Geschäfte öffnen nur stundenweise. Dazu kommt die Not der Industrie. Die Wagengestellung ist auf die Hälfte der normalen Zahl herabgesunken. Man ist gezwungen, die Kohle auf Halden zu schütten. Besonders empfindliche Unternehmungen, wie z. B. die Stickstoffwerke in Chorzow und die Bismarckhütte, stehen vor der Schließung, weil durch sonstige Fehler große Schäden verursacht wurde. Es fehlt eben überall an den qualifizierten Arbeitern. Die sind vertrieben. Dazu kommt noch das Geldelend in Polnisch-Oberschlesien. Die Banken versagen, weil die Sicherheit fehlt. Alle diese Dinge sind Fol-

gen der minderheitlichen Teilung des Landes. Man kann gerechterweise der Wojewodschaft daraus keine Vorwürfe machen. Sie ihr übertragene Aufgabe war eben zu groß nach polnischen Begriffen. Das hindert aber die Anhänger Korfanty nicht, in Versammlungen und Zeitungen sehr scharf über die deutsche Verwaltung herzufallen. Und da die Arbeiter das Elend der neuen Regierung am stärksten zu fühlen bekommen, sind sie natürlich für die agitatorischen Phrasen der christlichen Nationalisten empfänglich. Wie ja der Oberschlesier überhaupt sehr materiell veranlagt ist, das erklärt, warum er immer wieder auf die plumpe Agitation Korfantys hereinfällt, obwohl er ihn schon oft als politischen Aufschneider erkannte. Heute gilt der Mann als der einzige Schutz vor dem Bolschewismus. Die urteilslosen Arbeiter erhoffen von ihm, daß er mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig wird. Je kritischer also die Lage, desto mehr steigen die Aussichten der Christlich-Nationalen. Zwischen diesen beiden Hauptgruppen stehen nun die Autonomisten und die Deutschen. Die ersteren werden wohl keine große Vertretung bekommen. Dagegen stehen die Deutschen gegenwärtig im Brennpunkt des politischen Kampfes. Niemand bewirbt sich um sie, aber jede der Machtgruppen wirft der anderen vor, durch ihre Agitation die Geschäfte der Deutschen zu fördern. Sie gelten als Landesfeinde, gefährlicher als die Bolschewisten. Der nationalistische Haß geht so weit, daß jemand, der polnischen Sozialisten verlegen abwehren, wenn man ihnen den Vorwurf macht, daß sie sich mit den deutschen Sozialisten verbinden wollen. Ja, Führer der PPS. erklärten in Versammlungen, sie würden schon dafür sorgen, daß kein deutscher Sozialist in den Sejm gewählt würde. Vergessen, daß die Verbindung der anderen deutschen Parteien mit ihren polnischen Bruderorganisationen noch viel schlechter ist. Der Wahlkampf wird von den Deutschen unter sehr schweren Bedingungen geführt werden müssen.

Zwischen ist an eine Koalition der deutschen Parteien natürlich nicht zu denken. Dazu sind die Gegensätze zu groß. Die gemeinsame Not hat vorläufig noch eine Art stillschweigenden Burgfrieden stillende gebracht. Der endet aber, sobald die eigentliche Agitation für die Wahlen einsetzt. Am 20. August werden sich die deutschen Sozialisten in einer Konferenz in Kattowitz über ihre Taktik für die Sejmwahlen einig werden. Es ist sicher, daß sie sich für besondere Stimmlisten entscheiden. Eine Listenverbindung ist nach dem polnischen Wahlgesetz nicht gestattet. Ob irgendwie eine andere Annäherung an die PPS. möglich ist, läßt sich noch nicht sagen. Der Wahlkampf der deutschen Genossen wird sicher nicht leicht sein, da sie auch über recht geringe Mittel verfügen. Ihre Presse ist nicht schlecht. Sie haben die Vielliter Volksstimme, eine einmal wöchentlich erscheinende Zeitung und den Volkswillen in Kattowitz. Leider haben beide Blätter sehr unter dem Terror der Ukrainonalisten zu leiden. Immerhin ist zu hoffen, daß die deutschen Sozialisten bei einigem Geschick nicht schlecht abschneiden werden. Freilich läßt sich bei einer politischen Wahl nichts voraussehen, am allerwenigsten in Oberschlesien.

Einigung der deutschen Sozialdemokratie in Polen.

Am Sonntag tagte in Kattowitz ein Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pommerellen, Lodz und Bielitz teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

„Der Einigungsparteitag begrüßt den Zusammenschluß des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irredentistischen Bestrebungen fern und verurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen anderen proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie beauftragt die Parteileitung, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet stützen und keine Mittel scheuen, um für die Rechte der Minderheiten einzutreten und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht beschließt die Konferenz: die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Polnisch-Oberschlesien geltende Sozialgesetzgebung auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird."

Die Unabhängigen und Sozialdemokraten haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialisten Polens wieder in einer Partei zusammengefunden. Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratie Polens ist Genosse Kowoll, Redakteur am „Volkswillen", Kattowitz.

Teuerungsunruhen in Polnisch-Oberschlesien.

Die Belegschaften der polnischen Gruben und Hütten beschäftigten sich in Betriebsversammlungen mit der gegenwärtigen Lage Oberschlesiens. Sie erließen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle während der Abstimmungszeit gemachten freiheitlichen Versprechungen nicht gehalten worden seien, dagegen organisierter Wucher sich breitmache. Die Verwaltung der Wojewodschaft, in der völlige Unordnung herrsche, sei machtlos. Der Aufruf schließt mit der Forderung der sofortigen Einstellung der Feierschichten.

Wegen Lohnstreitigkeiten sind auf der Donnersmarkhütte die Belegschaft der Koksanstalt und auf der Konkordiagrube die des Hochofenbetriebes ausständig. Ferner streiken die Arbeiter der Deichselschen Drahtwerke. Es finden Teuerungskundgebungen statt, bei denen es zu Ausschreitungen kam. Diese richteten sich besonders gegen die Juden und dauerten bis in die späten Nachtstunden an. Trotz starken Polizeiaufgebots wurden in verschiedenen Fällen Juden auf der Straße zu Boden geworfen, mit Stöcken und Gummiknüppeln verprügelt und ihnen die Bärte abgeschnitten. Auch zahlreiche Einbrüche wurden verübt.

Katholische Warnung vor der Sozialdemokratie

Der jetzt über 70 Jahre alte katholische Pfarrer Hohoff ist namentlich in seiner westfälischen Heimat als Verkünder eines christlichen Sozialismus allgemein bekannt. Gegen ihn und seine Lehre hat einst August Bebel eine Streitschrift gerichtet.

Jetzt erläßt das „Bischöfliche Generalvikariat" von Paderborn folgenden Ukas: „Die Fälle mehren sich, daß Angehörige der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich auf Pastor Hohoff in Paderborn berufend, Katholiken für den Eintritt in die freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei werben. An dem Verhalten des Pastors Hohoff könne man erkennen, daß es den Katholiken erlaubt sei, diesen Organisationen anzugehören. Pastor Hohoff erklärt zwar, daß er der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre. Sein gesamtes Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber veranlaßt aber viele Sozialdemokraten, ihn für sich in Anspruch zu nehmen und bei der Werbung von Angehörigen sich auf ihn zu berufen. In katholischen Kreisen wirkt das zum Teil ärgernserregend, zum Teil verwirrend. Wir mißbilligen es scharf, daß ein katholischer Geistlicher es ruhig ansieht, daß unter Berufung auf ihn Katholiken in Organisationen eintreten, in denen sie ernsten Gefahren für ihren Glauben ausgesetzt sind und sehen uns genötigt, die Katholiken vor dem Anschluß an die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nachdrücklichst zu warnen."

Die hohe Geistlichkeit wird wohl vergeblich versuchen, die denkenden katholischen Arbeiter vom Evangelium des Sozialismus fernzuhalten.

Das zufriedene Bayern.

Ueber die neuerlichen Besprechungen zwischen dem Reich und Bayern veröffentlicht die „Bayerische Staatszeitung" einen Bericht, in dem es heißt, Bayern sei nunmehr zum Schutz seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben worden. Bayern habe erklärt, daß es an seinem grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen festhalte, andererseits seien aber in der Frage des Staatsgerichtshofes und des Polizeiwesens die bayerischen Wünsche erfüllt. Die grundsätzliche Erklärung über die föderative Gliederung des Reiches sei erheblich vertieft und erweitert worden. Es sei nach alledem mit der demnächstigen Aufhebung der bayerischen Verordnung zu rechnen.

Die Kämpfe um die Landtagsauflösung in Sachsen.

Der sächsische Landtag unterbrach gestern die Ferienpause, um in einer besonderen Sitzung zum Volksbegehren auf Auflösung des Landtags Stellung zu nehmen. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf der Tagesordnung, der eine befristete Auflösung des Landtages vorsieht und bezweckt, daß der alte Landtag bis zum Zusammentritt des neuen Landtages weiterlagen soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Nach längerer, zum Teil stürmischer Debatte beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl den sozialdemokratischen Antrag wie die Regierungsvorlage zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages, in der der Rechtsausschuß Bericht erstatten soll, ist für die erste Hälfte des September in Aussicht genommen.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages war von den bürgerlichen Parteien gestellt worden, die die sozialistische Mehrheit bei einer Neuwahl zu stürzen hoffen.

Der internationale Telegraphistenwettstreit.

Dienstag empfing der Reichspräsident das internationale Preisgericht sowie die Sieger im telegraphischen Wettstreit. Staatssekretär Dr. Bredow hielt eine Ansprache an den Reichspräsidenten und teilte mit, daß der vom Reichspräsidenten gestiftete Meisterschaftspreis an Oesterreich, die beiden Länderpreise an Italien und Deutschland gefallen sind, während von den sechs großen Preisen Italien, Spanien und Dänemark je einen und Deutschland drei erhalten habe. Die Ansprache schloß mit einem Dank an den Reichspräsidenten für die Uebernahme des Protektorats des Wettstreits. Der Reichspräsident dankte, indem er hervorhob, daß es diesem friedlichen Wettstreit gelungen sei, nach langer Entfremdung das berufsmäßige Band um die Vermittler des Weltverkehrs neu zu schlingen.

*

Im „Populaire" wird ein Protest der französischen Postgewerkschaft gegen die französische Regierung veröffentlicht, aus dem ersichtlich ist, daß etwa hundert französische Beamte an den soeben beendeten Veranstaltungen der Post- und Telegraphenbeamten in Berlin teilnehmen wollten. Ministerpräsident Poincaré hatte das Ministerium des Innern jedoch angewiesen, den französischen Beamten die Ausstellung von Reisepässen zu verweigern, so daß sie auf die Teilnahme verzichten mußten. Die Postgewerkschaft verurteilt das Vorgehen der Regierung in ihrer Veröffentlichung auf das schärfste und bezeichnet es als eine Provokation der Beamten.

Eine verbotene Jugendorganisation. Der preußische Minister des Innern hat dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik alle Versammlungen des „Deutschnationalen Jugendbundes" und seiner Landes-, Kreis- und Ortsgruppen bis auf weiteres verboten.

Kommunistenverhaftung in Riga. Die Rigaer politische Polizei hat den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Lettlands, der sich immer wieder zu verbergen wußte, verhaftet. Im Augenblick seiner Verhaftung soll er versucht haben, mit großer Schnelligkeit wichtige Dokumente zu zerbeißen und zu verschlucken. Ferner hat die Polizei in einer Holzscheune das Archiv des Zentralkomitees der lettländischen kommunistischen Partei beschlagnahmt.

Vom englischen Zeitungskönig.

„Es ist ein trauriges Zeichen der Entartung des einst so kraftvollen öffentlichen Lebens Englands, daß ein Mensch ohne eigentliche Bildung, ohne Ideen, von erschreckender Gewissenlosigkeit, dessen einzige Bedeutung in seinem starken Willen zur Macht liegt, sich zum Diktator englischer Politik aufgeschwungen hat." So schrieb schon vor Jahren der verstorbene Karl Friedrich Heilmann, ein genauer Kenner Englands und der englischen Verhältnisse, über den unheilvollen Einfluß, den ein Vierteljahrhundert hindurch Lord Northcliffe in England ausgeübt hat. Und die „Daily News" schrieben schon zu Beginn des Krieges von ihm, „daß in dem gewaltigsten Kampf, den die britische Nation je gesehen hat, Dinge, die Leben und Tod betreffen, zum Spiel eines sensationellen Journalisten geworden sind."

Alfred Harmsworth — so hieß Lord Northcliffe vor seiner Erhebung zum Peer — entstammte einer Londoner Buchhändlerfamilie, war aber in der Grafschaft Dublin geboren. Im Jahre 1888 begann er seine Laufbahn als kleiner, unbeachteter Fachjournalist, indem er über die damals in Aufnahme kommende Amateurphotographie gleichgültige Aufsätze schrieb. Bald darauf kam das Radfahren in Mode. Und Alfred William Harmsworth wurde in Coventry Sportjournalist. Aber er wollte höher hinaus, und da seine schriftstellerischen Leistungen mangels jeder Originalität keine Beachtung fanden, so versuchte er es als Verleger. Aber er kam auf keinen grünen Zweig. Da kam er auf die Idee, sämtliche Leser seines Wochenblättchens gegen Unfall zu versichern. Der neue Gedanke schlug ein; der Leserkreis wuchs plötzlich, rasch und binnen wenigen Jahren hatte Harmsworth nicht nur seine Schulden bezahlt, sondern ein sehr ansehnliches Vermögen erworben. Als er das Geld hatte, packte ihn der Ehrgeiz: er wollte höher hinaus und eine ganz große Tageszeitung gründen.

So entwarf er im Jahre 1894 den Plan zur „Daily Mail". In London eine neue Zeitung zu gründen, war schon damals keine Kleinigkeit, und Harmsworth wußte sehr wohl, daß er etwas Neues, nie Dagewesenes bieten müsse, wenn er Erfolg haben wollte. So entschloß er sich, den seit fast einem halben Jahrhundert bei den volkstümlichen Blättern üblichen Pennypreis zu unterbieten und ein Halfpenny-Blatt herauszugeben, das sich an die breiteste Masse des Volkes wenden, gewissermaßen auf die Straße geworfen werden sollte. Zwei Jahre lang wurde an der Ausgestaltung des Betriebes gearbeitet, und als Winter 1895/96 der technische und redaktionelle Aufbau des Blattes vollendet war, leistete sich Harmsworth eine Generalprobe, wie sie bis dahin im Zeitungswesen noch nicht dagewesen war. Im Februar wurde mit der probeweisen Herstellung der täglichen Nummer begonnen; Tag für Tag wurde eine neue, vollständig fertige Zeitung geschrieben, redigiert, gesetzt und gedruckt, und täglich wurde diese Probeauflage wieder eingestampft — Tag für Tag, drei Monate hindurch. Inzwischen bearbeitete eine selbst für englische Verhältnisse gigantische Reklame die Oeffentlichkeit. Und nachdem alles wie am Schnürchen klappte, erschien am 4. Mai 1896, von den Zeitungsboys mit ungeheurem Geschrei ausgebrüllt, die erste Nummer der „Daily Mail" auf den Straßen von London.

Das Experiment hatte Harmsworth 40 000 Pfund Sterling gekostet; aber diese Verschwendung machte sich rasch bezahlt, und der Erfolg des neuen, besonders im Anfang auf wildeste und ordinärste Sensationen eingestellten Halfpenny-Blattes war ungeheuer. Im Laufe der Zeit verlegte er noch neben der „Daily Mail", deren Abendausgabe, die „Evening News", den „Daily Mirror", eine illustrierte Tageszeitung, die allein eine tägliche Auflage von 800 000 Exemplaren hat, der „Observer", den „Glasgow Record", den „Manchester Courier", den „Leeds mercury" und Dutzende von Magazinen und Wochenschriften.

Doch alles das genügte dem Ehrgeiz dieses Mannes noch nicht, aus dessen Druckereien sich wöchentlich eine papierne Flut von 30 Millionen Zeitungsblättern über die englisch sprechende Welt ergoß. Er erstrebte hochpolitischen Einfluß und deshalb streckte er seine Hände nach dem Blatte aus, das in den Augen des Engländers als das führende der Welt galt, nach der „Times". Zwei Jahre vor dem Kriege ging die Mehrheit der Timesanteile aus den Händen der Familie Walter in die der Firma Harmsworth über. Das geschäftlich stark heruntergekommene Weltblatt nahm weniger an Ansehen als an äußerlichem Glanz in den Händen Lord Northcliffes einen neuen Aufschwung, und die „Times" wurden neben der „Daily Mail" mit ihrer die Million täglich weit übersteigenden Auflage sein wichtigstes Werkzeug zur Terrorisierung der öffentlichen Meinung in England und zur Schürung der Deutschenhetze. Lord Northcliffe tat noch ein übriges, indem er eine enge geschäftliche Verbindung mit dem Pariser „Matin" anbahnte, und aus dem Nachlaß Suvorins die Mehrheit der Anteile der deutschfeindlichen Petersburger „Nowoje Wremja" erwarb. Mit diesen beiden gleichgesinnten Bundesgenossen in den beiden anderen Ententeländern hetzte Lord Northcliffe zielbewußt zum Kriege, und an dem Unheil, das über die Welt hereinbrach, war der nun Verstorbene einer der Schuldigsten.

Besondere Theaterpreise für Ausländer. Die Berliner Staatsoper hat die Eintrittspreise ab 1. September entsprechend dem gesunkenen Valutastande erhöht. Bis auf weiteres soll aber den in Berlin Ansässigen deutscher Nationalität sowie allen vorübergehend in Berlin sich aufhaltenden Reichsdeutschen und Deutsch-Oesterreichern eine Ermäßigung um zwei Drittel der festgesetzten Eintrittspreise gewährt werden. Diese Vergünstigung tritt jedoch nur dann ein, wenn der betreffende Theaterbesucher sich an der Opernhauskasse und bei Eintritt in den Zuschauerraum der Staatsoper durch Vorzeigung eines amtlich beglaubigten Lichtbildes ausweisen kann.

Ein internationaler Kongreß der Naturfreunde, der sozialistischen Wanderbewegung findet dieser Tage in Innsbruck statt. Der Kongreß wird beschickt von vielen Ländern. Sein Zweck ist, das internationale Band der Arbeiterwassersportbewegung noch fester zu knüpfen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 198 | Donnerstag, den 24. August 1922 | 13. Jahrgang

Wiederbeginn der Volktagstagungen.

Das Gewerbegericht auch für staatliche und Landarbeiter zuständig. – Keine Liebesgabe für den Reiterverein. – Verabschiedung der Gesetzes über die religiöse Kindererziehung. – Spaltung bei der kommunistischen Fraktion.

Nach siebenwöchiger Pause trat der Volkstag gestern wieder zu einer Sitzung zusammen.

Präsident Dr. Treichel eröffnete pünktlich das gut besuchte Haus und machte einige geschäftliche Mitteilungen. Die Kommunisten gaben Kenntnis davon, daß sie aus der kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind und eine eigene Partei unter dem Namen „Kommunistische Partei, Freistaat Danzig, Sektion der 3. Internationale" gegründet haben. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden debattelos erledigt. So wurden die Gesetzentwürfe betr. 4. und 5. Aenderung der Dienstbezüge der Beamten und der Gesetzentwurf über die erhöhte Anrechnung der Dienstzeit während des Krieges ohne Wortmeldungen an den Hauptausschuß weitergegeben. Der Gesetzentwurf betr. Stadtbürgerschaft wurde dem Gemeindeausschuß überwiesen. Auf Wunsch des Berichterstatters wurde der nächste Punkt der Tagesordnung: Aenderung der Bestimmungen über Schöffen und Geschworene von der Tagesordnung abgesetzt.

Bei der zweiten Beratung eines Gesetzentwurfes zur

Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes

erstattete Abg. **Manen** (Dt. P.) Bericht über die Ausschußverhandlungen und empfahl die Annahme der Vorlage in der Ausschußfassung. Einen Beschluß des Volkstags, daß auch die Staats- und Kommunalarbeiter und die Landarbeiter dem Gewerbegerichtsgesetz unterstellt werden, hatte der Senat dahin ausgelegt, daß für diese beiden Arbeitergruppen Sondergerichte eingeführt werden sollen. Dementsprechende Vorlagen des Senats stießen jedoch beim Volkstag auf Widerspruch, insbesondere bei den Abgeordneten der Linken, worauf der Senat die Vorlage zurückzog. Er legte einen neuen Gesetzentwurf vor, nach dem 2 neue Kammern, eine für die Staats- und Kommunalarbeiter und eine zweite für die Landarbeiter geschaffen werden. Der Senat hat die Zusicherung gegeben, daß diese Neuregelung so schnell wie möglich in Kraft gesetzt wird.

Der Gesetzentwurf wurde ohne weitere Aussprache in 2. und 3. Lesung angenommen.

150 000 Mark für Pferderennen gestrichen.

Es folgte alsdann die Fortsetzung der 2. Beratung eines Gesetzentwurfes betr. vorläufiges Haushaltsgesetz für 1922. In einer der letzten Sitzungen des Volkstages vor den Ferien hatte sich bei der namentlichen Abstimmung über eine Position des Gesetzentwurfes die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergeben. Es wurde nun in der Abstimmung fortgefahren. Die beiden ersten Positionen wurden vom Bürgerblock ohne weiteres angenommen. Bei der Abstimmung darüber, ob dem Danziger Reiterverein zur Ermöglichung weiterer Rennveranstaltungen 150 000 Mark bewilligt werden sollen, bot sich jedoch dem Volkstag ein Schauspiel, das sich nicht oft ereignet. Das Zentrum leistete den Deutschnationalen keine Gefolgschaft! Nur Zentrumsarbeiter Stawicki stimmte als einziger seiner Fraktion für die Bewilligung der Liebesgabe für die feudale Gesellschaft. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde zur Auszählung geschritten. Sie ergab die Ablehnung der Position mit 41 gegen 27 Stimmen. (Bravo! links.) Die weiteren Abstimmungen verliefen ohne Zwischenfall. Das Gesetz wurde in 2. Lesung verabschiedet.

Der Eid der Beamten.

Das Haus schritt alsdann zur 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Eid der Beamten. Ein Antrag, daß an Stelle des Eides auch andere gesetzlich anerkannte Beteuerungsformeln gebraucht werden können, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dem Gesetzentwurf wurde ebenfalls in 2. Lesung zugestimmt.

Nunmehr stand zur Beratung der Gesetzentwurf über

die Instandsetzung von Wohnungen und Gebäuden.

Abg. Gen. **Grünhagen**: Das Gesetz ist in der vorliegenden Fassung für die Sozialdemokratische Fraktion unannehmbar. In den zwei Beratungen der Vorlage im Siedlungsausschuß sind keine Verbesserungen, sondern lediglich Verschlechterungen erfolgt. Die Senatsvorlage wäre in ihrer ursprünglichen Fassung mit geringen Abänderungen annehmbar gewesen. Mit der jetzigen Vorlage wird dem Uebelstand, der beseitigt werden soll, nicht abgeholfen. Der in den Gesetzentwurf hineingearbeitete Sachverständigenausschuß hat nur den Zweck, den Zwang, der von der Behörde auf die Hausbesitzer zwecks Renovierung ihrer Häuser ausgeübt werden kann, möglichst unwirksam zu machen. Eine weitere Verschlechterung hat der § 1 des Gesetzes erfahren. Während in der ursprünglichen Fassung bestimmt wurde, die Kosten der Instandsetzung hat der Hauseigentümer zu tragen, hat der Ausschuß den Zusatz beschlossen, „soweit die Kosten oder deren Verzinsung aus den zeitigen oder später zu erwartenden Einkünften gedeckt werden können." Die Vermögensverhältnisse des Hauseigentümers sind gänzlich außer acht gelassen worden. Dadurch kann es dazu führen, daß selbst Millionäre ihre Häuser aus Gemeindemitteln instandsetzen lassen. Ebenso unannehmbar ist die neu eingefügte Bestimmung im § 6 des Gesetzes, daß die Instandsetzungskosten, die von der Gemeinde verauslagt werden, von der Gemeinde endgültig übernommen werden, wenn sie nicht innerhalb 20 Jahren aus den Einkünften des Grundstücks gedeckt werden können.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat deshalb eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Sie beantragte, die Verschlechterungen wieder zu streichen. Weiter ist in § 6 einzufügen, daß die Instandsetzungskosten in Jahresraten, spätestens innerhalb 20 Jahren zurückzuzahlen sind. Bleibt der Schuldner mit 2 Raten im Rückstand, so ist die Gemeinde berechtigt, die Zwangsverwaltung zu beantragen. Sofange die Instandsetzungskosten nicht zurückgezahlt worden sind, steht der Gläubigerin ein Vorkaufsrecht auf das Grundstück zu.

Wir schlagen vor, das Gesetz noch einmal an den Ausschuß zurückzugeben, damit unsere Anträge durchberaten werden können.

Das Haus beschloß, das Gesetz mit den sozialdemokratischen Anträgen an den Siedlungsausschuß zurückzuverweisen.

Es folgte die 3. Beratung des Gesetzes über

die religiöse Kindererziehung.

Abg. Gen. **Bener** begründete in längeren Ausführungen den sozialdemokratischen Antrag. Die Bestimmung, daß die Lehrer bei Streitigkeiten über die religiöse Erziehung der Kinder gehört werden sollen, ist wieder zu streichen. Redner gab einleitend eine umfassende Darstellung der bisher geltenden Bestimmungen. Danach galt als Grundsatz: solange die Eltern über den ihren Kindern zu erteilenden Religionsunterricht sich einig sind, hat kein dritter ein Recht, ihnen darin zu widersprechen. Sonst galt die Bestimmung, daß die Kinder in der Religion des Vater erzogen werden. Der Mutter stand nur in wenigen Fällen ein Mitbestimmungsrecht zu. Betreffs der Dissidenten brachte die Revolution dem Vater das Recht, seine Kinder vom Religionsunterricht der Schule zu befreien.

In Anbetracht der neuen Gesetzesvorlage hatten die alten Bestimmungen noch etwas für sich; sie waren von durchschlagender Bedeutung, d. h. auf Grund derselben hatte eventl. der Richter zu entscheiden und schalteten in Mischehen die Hetzereien der Verwandtschaft aus. Die vorliegende Gesetzesvorlage überläßt im § 1 die Entscheidung über die religiöse Erziehung der ehelichen Kinder ohne Ausnahme der freien Einigung der Eltern. Man muß ohne weiteres der Meinung sein, daß die Eltern sich noch über diese Frage einigen werden. Allerdings ist bekannt, daß es in Mischehen störende Elemente gibt; es sind Schwiegereltern, Schwägerschaft, Bekannte und Verwandte, und — Pfarrer. Verfeinden Eheleute

den Einfluß dieser bösen Geister

auszuschalten, so sind Einigkeit und Friede in der Familie gesichert; andernfalls ist die Ehe gefährdet, denn es gibt eine Sippschaft, der gilt eine Seele fangen mehr, als das Glück einer Ehe. § 2 bestimmt, daß die Einigung jederzeit widerruflich ist und durch den Tod gelöst wird. Wer die Sorge für das Wohl des Kindes allein trägt, der soll auch allein über die religiöse Erziehung des Kindes entscheiden.

Der 2. Absatz des § 2 läßt die Widerruflichkeit der Einigung in bestehender Ehe gelten, verhindert aber den sofortigen Wechsel der Religion des Kindes, das schon am Religionsunterricht in der Schule teilnimmt, dazu gehört erst die Zustimmung des andern Elternteils, oder, wenn diese versagt wird, hat erst das Vormundschaftsgericht zu entscheiden. Vor der Entscheidung können Verwandte und Verschwägerte gehört werden. Die sind es aber gerade, die die Einigung der Eltern gestört haben. Neben diese Sippe wird nun der Lehrer des Kindes gestellt, der soll hier scheinbar als Unparteiischer gelten. Ist es aber nicht, infolge seiner eignen Konfession. Der Lehrer ist der Vertrauensmann der Eltern. Mit ihnen Hand in Hand soll er die Kinder erziehen; in welcher Religion, das zu bestimmen, ist nicht seine Sache. Die Bestimmung, daß Lehrer hier hineingezogen werden, muß wieder gestrichen werden.

Das Gesetz bringt die Gleichberechtigung der Mutter. Das geschieht nicht aus Vorliebe für die Gleichberechtigung der Frau, sondern man fürchtet den Massenaustritt aus der Landeskirche, Verlust an Kirchensteuern und Schwächung der Macht der Kirche. Die Frau kehrt der Kirche seltener den Rücken, und ist dann in der Lage, die Kinder dem Religionsunterricht zu erhalten. Die Bestimmung über Anhörung des Lehrers ist eine Kannvorschrift. Der Richter wird nur die Lehrer hören, die er für gut befindet. Wäre es eine Mußvorschrift, so läge wenigstens eine Gleichberechtigung vor. Aus Hochachtung vor dem Lehrerstand bestehen wir auf seiner Ausschaltung aus dieser Vorlage, und lehnen ein Gesetz ab, das dem Lehrer Unehrenhaftigkeit und Vertrauensbruch zumutet.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 50 gegen 40 Stimmen angenommen. (Bravo! links.) Zentrum und Deutschnationale blieben in der Minderheit.

In der so geänderten Fassung wurde das Gesetz in der 3. Lesung verabschiedet. Die Tagesordnung war damit erschöpft.

Spaltung der Kommunisten

Außerhalb der Tagesordnung gab die Abg. Frau Döll (K.) eine Erklärung ab, daß sie auch weiterhin der kommunistischen Partei Deutschlands angehöre.

Um 5 Uhr vertagte sich das Haus auf heute nachmittag 3 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Wohnungsnot und Wohnungspflege.

Jedes dieser Worte ist ein besonderes Kapitel für sich und doch sind beide nicht ohne Zusammenhang. Was Wohnungsnot bedeutet, weiß ein jeder. Ihre eigentliche Bedeutung kann aber nur der würdigen, der sie am eigenen Leibe verspürt hat. Doch so oder so: Wir wissen alle, daß eine Wohnungsnot besteht.

Was hat es aber mit der Wohnungspflege für eine Bewandtnis? Was ist darunter zu verstehen? In der gegenwärtigen Zeit der Wohnungsnot wird jeder nur einigermaßen zu Wohnzwecken geeignete Raum als Wohnung ausgenutzt, trotzdem er manchmal die Bezeichnung „Wohnung" gar nicht verdient. Der Zustand mancher derartiger Räume ist menschenunwürdig. Und doch könnten verschiedene dieser Räume — und auch manche andere Wohnung — bei einigermaßen gutem Willen erheblich wohnlicher gestaltet werden.

Wohl kann man es verstehen, wenn sich so mancher Familie ein Gefühl der Gleichgültigkeit und Verzweiflung bemächtigt, wenn sie sich dauernd mit einer ungenügenden Wohnung (oft nur einem Loch) begnügen muß, die nicht nur räumlich nicht ausreicht, deren Zustand außerdem einer völligen Verwahrlosung gleichkommt, weil der Vermieter nichts für die Instandsetzung tut. Hiergegen sollen jetzt gesetzliche Mittel und Wege zur Anwendung kommen, die den Hausmieter zwingen, auch seinerseits etwas für den Zustand derjenigen Räume zu tun, die er als Wohnung vermietet und für die er den Mietzins einstreicht.

Aber auch der Mieter muß etwas für die Wohnung übrig haben. Seine Pflicht ist die pflegliche Behandlung der Wohnräume. Er darf an sich schon nicht gute Wohnräume durch seine Schuld nicht noch unwohnlicher machen. Gleichgültigkeit ist hier nicht am Platze. Den Schaden hat nicht der Hauswirt, sondern der Mieter und seine Familie.

Von den Mietern läßt sich doch so mancherlei tun, um der Wohnung den ungemütlichen Eindruck zu nehmen. Je räumlich beschränkter eine Wohnung ist, um so mehr muß hierauf Wert gelegt werden. Dazu gehört mancherlei. Man denke sich zwei gleich große Wohnungen, die beide im gleichen baulichen Zustande sind. In der einen Wohnung peinlichste Sauberkeit, alles aufgeräumt, nichts umherliegend, hübscher Wandschmuck, saubere Fenster und Gardinen, überall das Bestreben, die Wohnräume „schmuck" zu halten. Die andere Wohnung ist voller Unordnung, nichts aufgeräumt, schlechte Luft infolge mangelnder Lüftung, um den Ofen Wäschestücke zum Trocknen, die Luft vielleicht noch erfüllt vom Tabaksqualm, der Fußboden unsauber, kein Wandschmuck, die Fenster schließlich noch durch unsaubere Gardinen verhängt.

Zur Wohnungspflege gehört vor allem eine ausreichende Durchlüftung der Wohnräume. Im Sommer, wenn nicht gerade Zugluft herrscht, sollte ständig ein Fenster offen gehalten werden. Im Winter lüfte man mindestens morgens vor der Heizung. Wer es möglich machen kann, d. h. wenn er ausreichendes Heizmaterial besitzt (das dürfte allerdings nicht so leicht sein), lüfte abends noch einmal. Ausreichende Lüftung verhütet das Feucht- und Dumpfwerden der Wohnungen. Den Kochdämpfen verschaffe man schnellstens Abzug. Kranke, vornehmlich Lungen- oder Geschlechtskranke, sind aus den Wohnungen, besonders den beengten, fernzuhalten. Sie gehören in ein Krankenhaus. Daß die Wohnung morgens gründlich zu kehren ist, weiß jede vernünftige Hausfrau. Sie weiß auch, daß öfteres Aufwischen not tut und daß der feuchte Wischlappen in jeden Winkel und in jede Ecke fahren muß, um den Staub dort wegzunehmen und um die Einnistung von Ungeziefer zu verhüten. Staub muß immer entfernt werden, am besten mit feuchtem Lappen. Es ist darauf zu achten, daß die Ablaufflächen der Fensterbretter stets frei sind und daß die Ablauflöcher selbst frei gehalten werden müssen, um einen Ablauf des Wassers zu ermöglichen. Gerade die Fensterbecher sind oftmals der Herd für Pilzbildungen. Der Luft und dem Licht darf der Zugang zu den Zimmern nicht verwehrt werden.

Nichts geht über ein schönes, gemütliches und gesundes Heim. Nicht von heute auf morgen ist überall durchgreifend eine Aenderung der jetzigen Wohnungsverhältnisse zu erreichen. Inzwischen ist aber durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß vorhandene Wohnräume durch unpflegliche Behandlung nicht verschlechtert werden.

B. G.

Neue Lohnvereinbarungen im Hoch- und Tiefbaugewerbe.

Am gestrigen Tage fanden Verhandlungen für das Hoch- und Tiefbaugewerbe für das Lohngebiet Danzig-Stadt statt, bei denen vereinbart wurde, daß eine staffelweise Steigung der Löhne eintreten soll, und beträgt nach dieser der Stundenlohn einschließlich Geschirrzulage für:

	18.—24. 8.	25.—31. 8.	1.—7. 9.	8.—14. 9.
Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton .	45.—	50.—	55.—	60.— ℳ
Zementarbeiter . . .	43.—	48.—	53.—	58.— ℳ
Bauhilfsarbeiter . . .	42.—	47.—	52.—	57.— ℳ
Erd- u. Tiefbauarbeiter, ständige Platzarbeiter	40.—	45.—	50.—	55.— ℳ
jugendl. Arbeiter von 15—17 Jahren . . .	23.—	24.—	25.—	26.— ℳ
jugendl. Arbeiter unter 15 Jahren	19.—	20.—	21.—	22.— ℳ

Erhöhung der Tarifsätze im Güter- und Expreßgutverkehr. Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf eingereicht, wonach der Senat ermächtigt werden soll, mit Wirkung vom 1. September d. J. einer Erhöhung der zurzeit im Güter-, Tier- und Expreßgutverkehr geltenden Frachtsätze auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig um 50 v. H. zuzustimmen. Zur Begründung wird angeführt, daß die polnische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. September d. J. auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig die Tarifsätze um 50 v. H. zu erhöhen, damit die Tarifsätze auf den Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt Danzig mit den auf den deutschen Eisenbahnen geltenden Tarifsätzen, die vom 1. September ab ebenfalls um 50 v. H. heraufgesetzt werden sollen, auch weiterhin in Uebereinstimmung bleiben. Veranlaßt ist die Tariferhöhung durch die steigenden Materialkosten und Mehraufwendungen für Besoldungen infolge des Valutasturzes.

Ein Opfer des Spielklubs. Ein Kaufmann Fritz Powils in Danzig hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen Unterschlagung von 50 000 Mark zu verantworten. Er war bei einer Firma tätig und hatte hier die Lohnkasse

zu verwalten. Er konnte angeblich mit seinem Gehalt nicht auskommen und unterschlug nun Gelder, um mit diesem Gelde in Zoppot im Spielklub „große Gewinne“ zu machen. Diese Gewinne blieben allerdings aus. B. hatte vielmehr größere Verluste. Er machte weitere Unterschlagungen, bis die Sache entdeckt wurde. Nach der Feststellung des Bücherrevisors sind im ganzen 300 000 Mark unterschlagen. Die Bücher wurden aber unordentlich geführt, so daß sich der unterschlagene Betrag auf 250 000 Mark vermindern könnte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung zu 1½ Jahren Gefängnis.

Der Verein Arbeiterjugend Heubude begeht am Sonntag, den 27. August, sein 3. Stiftungsfest. Um 1 Uhr findet ein Festumzug statt. Anschließend findet im Lokal von Albrecht die Feier statt. Es ist ein unterhaltsames Programm zusammengestellt. Auch der Arbeiter-Turnverein wirkt mit. Es wird auf die vollzählige Teilnahme aller Jugendlichen und der erwachsenen Arbeiterschaft gerechnet. **Besonders sind** auch die übrigen Arbeiter Jugendgruppen eingeladen. **Die Teilnehmer am Umzug treffen sich um 8½ Uhr im Heim der Heubuder Ortsgruppe, bei Schönwiese.**

Verleihung des Jugend-Turn- und Sportabzeichens. Das vom Senat der Freien Stadt Danzig geschaffene Jugend-Turn- und Sportabzeichen in Silber ist nach bestandener Prüfung in fünf verschiedenen Gruppen der Leibesübung an Paul Hegner (Verein für Leibesübungen) verliehen worden. Dieser beendete als erster die Prüfungen mit folgenden Leistungen: 200 Meter-Schwimmen 4 : 56; Turnen 85 Punkte, 100-Meter-Lauf 13⅘ Sek., Hochsprung 1,38 Meter, Kugelstoßen 9,60 Meter. Angeblich ist das Interesse an der Erwerbung des Abzeichens sehr rege; eine ganze Anzahl von Jugendlichen soll sich zurzeit den zur Erwerbung des Abzeichens erforderlichen Leistungsprüfungen unterziehen.

Preisermäßigte Sonderzüge nach Rheinland und Westfalen. Außer den planmäßigen Sonderzügen zu ermäßigten Preisen für die heimattreuen Ost- und Westpreußen am 20. August, 18. und 17. September und 9. Oktober, mit denen nur die Mitglieder der rheinisch-westfälischen Ostpreußen-Verbände fahren dürfen, sind noch folgende neue Sonderzüge eingelegt worden: 31. 8., sowie 6. und 19. 9. und 3. 10. Die Abfahrtszeiten sind die gleichen wie bisher, und zwar ab Königsberg 6.28 nachm. und ab Marienburg 11.22 nachts. Die Reisenden müssen ihre Teilnahme an der Fahrt zu einem dieser Züge mindestens 8 Tage vorher schriftlich oder mündlich an den Ostdeutschen Heimatdienst Königsberg, Steindamm 130/31, oder an den Verband der westpreußischen Heimatverbände in Marienburg, Hindenburgstr. 65, melden.

Im Wilhelm-Theater wird neben dem bereits angekündigten Auftreten des bekannten Universalkünstlers Sylvester Schäffer vom 1. September noch ein Varietéprogramm erster Künstler gezeigt werden. Es sind u. a. verpflichtet das spanische Tänzerpaar Saro und Aldo Tanelma in ihren berühmten Tanzschöpfungen mit Grit Karlen, Solotänzerin der ehem. Hofoper in Wien. Die weiteren für das Eröffnungsprogramm verpflichteten Künstler sind ebenfalls als gute Vertreter ihres Faches bekannt.

Alte Sachen sind keine Konterbande. Ein Seemann in Weichselmünde fuhr mit einem Schiff nach Neuyork. Unterwegs kaufte er von einem polnischen Auswanderer einen getragenen Anzug aus Kalistoff. Als er mit dem Anzug wieder nach Danzig zurückgekehrt war, wurde bei ihm aus einem anderen Anlaß eine Haussuchung vorgenommen. Dabei fand man den Kaklanzug, der beschlagnahmt wurde, da der Stoff vermutlich der polnisch amerikanischen Mission gestohlen war. Der Seemann wurde angeklagt und vom Schöffengericht wegen Konterbande freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und machte geltend, daß auch mit alten Sachen unbefugte Einfuhr verübt werden könne. Er beantragte wegen Konterbande 2000 Mark Geldstrafe. Die Berufungsstrafkammer erkannte aber dahin, daß man mit alten Sachen für den eigenen Gebrauch keine Konterbande begehen könne. Anders wäre es mit alten Sachen, die etwa zum Weiterverkauf bestimmt wären. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Der Grenzübertritt für deutsche Ausreisende. Die Grenzüberwachungsstelle Marienburg berichtet, daß der Erlaß des preußischen Ministers des Innern betr. Befreiung vom Ausreisesichtvermerkszwang, der mit dem 1. Juli 1922 in Wirkung trat, dem reisenden Publikum so gut wie gar nicht bekannt ist. Seit dem 1. Juli 1922 wurden fast sämtliche Personen, die nach dem Auslande zu reisen beabsichtigten, weder mit einem Sichtvermerk noch mit einem Unbedenklichkeitsvermerk versehen, von der Paßkontrollstelle Marienburg angetroffen. Sie gaben an, von ihrer Heimatbehörde die Auskunft erhalten zu haben, daß zur Reise nach dem Auslande ein Ausreisesichtvermerk nicht mehr gebraucht werde. Den Reisenden ist angeblich seitens der Paßstellen nicht mitgeteilt worden, daß ihr Paß an Stelle des Ausreisesichtvermerks mit einem Unbedenklichkeitsvermerk vom zuständigen Finanzamt versehen sein muß. **Von etwa 8200 Personen, die in der Zeit vom 1. bis zum 6. Juli 1922 den Bahnhof Marienburg nach dem Auslande passierten, wurden nur 20 Reisende festgestellt, deren Pässe mit dem vorgeschriebenen Unbedenklichkeitsvermerk versehen waren.**

Aus dem Osten.

Elbing. Sechs Personen ertrunken. Einen traurigen Abschluß fand ein Heimatfest in Kl.-Maransen durch ein Bootsunglück. **In der Sonntagnacht um 12 Uhr** fuhren Festteilnehmer **über den Gr.-Maranser See** nach Hause. In einem Boot, **das vielleicht 4—5 Personen faßt,** befanden sich acht junge Leute. **Das Boot schlug während der Fahrt um. Von den acht Insassen konnten nur zwei gerettet werden; die übrigen sechs ertranken. Es handelt sich um drei junge Männer und drei Mädchen. Die Bergungsversuche sind bisher ergebnislos verlaufen.**

Christburg. Infolge Wassertrinkens nach Obstgenuß verstorben. Durch das unvorsichtige Wassertrinken nach Genuß von Obst erkrankten kurz hintereinander die Brüder Koruhn in Kuxen, 15 und 19 Jahre alt. Beide sind gestorben.

Königsberg. Baugewerbliche Aussperrung in der Provinz. Im Bauarbeiterstreik ist eine wesentliche Verschärfung eingetreten. In acht Städten der Provinz — Marienburg, Elbing, Insterburg, Gerdauen, Ortelsburg, Lyck, Neidenburg und Eydtkuhnen — sind die Arbeiter im Baugewerbe ebenfalls in den Streik getreten. Der Arbeitgeberverband für Beton- und Tiefbau hat darauf die Aussperrung für die ganze Provinz beschlossen und der Arbeitgeberverband für Hochbau hat sich diesem Beschlusse angeschlossen. Donnerstag nachmittag tritt in ganz Ostpreußen die Aussperrung in Kraft.

Königsberg. Schaffung eines Freihafenbezirks. Schon vor geraumer Zeit wurden vom Königsberger Magistrat Verhandlungen mit den Berliner Zentralstellen wegen Schaffung eines Freihafenbezirks in Königsberg eingeleitet. Diese Verhandlungen sollen einen günstigen Verlauf nehmen und es soll zu hoffen sein, daß ein Freihafenbezirk für den Verkehr mit Rußland und Finnland eingerichtet wird. Die Königsberger Handelskreise treten für die Einrichtung eines Freibezirkes für sämtliche Transporte ein. Jedoch will man auch die Schaffung des beschränkten Freibezirkes beschleunigt wissen, da bekanntlich der Plan besteht, im November in Königsberg eine große Osteuropäische Holzmesse abzuhalten.

Osterode. Ein Unhold. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein 24 jähriges Mädchen, das sich im Wartesaal aufhielt, von einem Manne, der sich als Kriminalbeamter vorstellte, aufgefordert, mitzukommen. In der Nähe eines Holzplatzes fiel der Mann über sie her; sie wollte um Hilfe schreien, doch hielt er ihr den Mund zu. Von da an weiß das Mädchen nichts mehr. Am Morgen erwachte sie und fand sich in einem Zustande, der darauf schließen ließ, daß sie vergewaltigt worden ist. Von der Polizei wurde festgestellt, daß der Unhold sich in Gesellschaft eines Sicherheitspolizisten und eines Zivilisten befunden hat. Auch diese sind ermittelt, wollen ihn aber nicht kennen.

Saßnitz. Einem schlau ausgeheckten Raubplan fiel ein junger Speditionsgehilfe zum Opfer. In einem Lokal lernte er einen gut gekleideten Herrn kennen, mit dem er sich schnell anfreundete. Die beiden tranken sich mit Gerstensaft zu; anschließend ließ der Fremde sogar eine Flasche Sekt auffahren, zur Besiegelung der Freundschaft. Als der Speditionsgehilfe nach kurzem Verlassen seines Platzes zurückkehrte, und von neuem trank, überfiel ihn eine bleierne Müdigkeit, so daß er Mühe hatte, nach Hause zu kommen, wo er in einen tiefen Schlaf verfiel. Jedenfalls ist ihm ein Schlafpulver ins Glas geschüttet worden. Am nächsten Morgen entdeckte er, daß ihm seine goldene Uhr mit Kette, die Brieftasche mit Geldinhalt und eine Anzahl Oberhemden gestohlen waren.

Stettin. Von der „nationalen Einheitsfront“, die in Pommern von deutschnationaler Seite propagiert wird, rückt die Deutsche Volkspartei mit folgender Erklärung ab: „Eine Einheitsfront ist nur im Kampf gegen äußere Feinde und gegen inneren Umsturz notwendig und möglich. Eine Einheitsfront im innerpolitischen Streit ist unmöglich, und der Versuch, sie zu bilden, aussichtslos und schädlich, weil er nur zur Verstärkung alter und Schaffung neuer Gegensätze führt. Die Deutsche Volkspartei Pommerns sieht eine Möglichkeit zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes nur in einer Entschärfung der Gegensätze. Sie kann daher an der Bildung einer sogenannten vaterländischen Einheitsfront nach innen, wie sie in Pommern versucht wird, nicht mitwirken und fordert ihre Organisationen im Lande auf, entsprechend zu handeln.“

Warschau. Die Bevölkerung Polens. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung in Polen, einbegriffen Polnisch-Oberschlesien und das Wilnaer Gebiet, hat Polen über 27 Millionen Einwohner. Davon entfallen auf das eigentliche Polen 25 Millionen 872 447, auf Polnisch-Oberschlesien 940 290 und auf das Wilnaer Gebiet 408 908 Personen. Polen hat ein Terrain von 386 278 Quadratkilometern, so daß auf einen Quadratkilometer 70 Einwohner entfallen.

Aus aller Welt.

Schwere Sittlichkeitsdelikte in einer Familie. In Wien wurde der Beamte Alfred Schmoll verhaftet, der sich an seinen drei minderjährigen Töchtern wiederholt sittlich vergangen hatte. Die Erhebungen ergaben, daß Schmoll auch seine beiden Söhne veranlaßt hatte, ihre drei Schwestern als ihre Geliebten zu betrachten. Eine der Töchter wurde von ihrem Bruder geschwängert. Die Hebamme, die bei der Abtreibung der Leibesfrucht assistierte, wurde ebenfalls in Haft genommen.

Eine Zwillingsfamilie. In einem Städtchen mit dem unaussprechlichen Namen Cwmbran in der englischen Grafschaft Monmouth hat eine Frau zum fünften Male Zwillingen das Leben gegeben. Die Zahl ihrer Kinder ist damit auf siebzehn gestiegen. In ihrer Familie scheinen die Zwillinge erblich zu sein. Die glückliche Mutter war nämlich selbst ein Zwilling, ebenso wie ihre eigene Mutter, die nicht weniger als zweiundzwanzig Kinder zur Welt gebracht hatte.

Die Hebung des Schatzschiffes der Armada. Nach langjährigen Arbeiten soll es gelungen sein, wiederum Teile des Schatzschiffes der spanischen Armada, der großen, mit Schätzen reich beladenen Flotte, die Philipp II. von Spanien 1588 nach England aussandte, zu heben. Bergungsarbeiten des Schiffes, das Werte von ungefähr 14 Millionen Goldmark mitführte, sind in der Tobermory-Bay, wo die Schiffe strandeten, seit 1661 zu verschiedenen Zeiten unternommen worden. 1909 gelang es einem Oberstleutnant Mackenzie Foß, das Wrack wieder aufzufinden, und zwar stellte man das Wrack fest in einer Tiefe von 60 Fuß und mit 27 Fuß Schlamm über ihm. Bei den neuesten Taucharbeiten gelang es nun den Tauchern, an einzelnen Stellen bis auf das Deck des Schiffes vorzudringen, während der Schlamm an anderen n. etwa drei Fuß hoch liegt. Münzen, Schwerter, Geschütze wurden bereits in früheren Jahren geborgen. Nunmehr sind von den Tauchern weitere wertvolle Funde gemacht worden.

Schlemmende Valutagewinnler. Wie sich die Valutagewinnler und deren Damen in den Bädern die Langeweile vertreiben, darüber wird aus Westerland auf Sylt berichtet: „Was man hier anstellt, um seine Lokale zu füllen, davon wollen wir eine kleine Auslese folgen lassen. Zunächst gibts hier 20 Spielklubs, die das Publikum anziehen sollen, dann werden täglich allerlei Prämiierungen angekündigt, so wurden schon die drei schönsten Damen, die drei schönsten Kleider, die drei schönsten Backfische, die drei besten Tänzerinnen, die drei schönsten Haarfrisuren, die drei schönsten Abendtoiletten prämiiert, die Krone derselben fand in Asteria statt, hier wurden nämlich die drei schönsten Damenknie prämiiert, und man fragt sich allgemein, was nun noch drankommt!? Während also das Gros des Volkes darbt und hungert, amüsieren sich die Valutagewinnler in den Bädern, schimpfen natürlich auf die faulen Arbeiter, die nur acht Stunden arbeiten wollen.

Der Bubenkopf als Selbstmordgrund. Aus Kummer darüber, daß sie sich ihr Haar hatte abschneiden lassen, hat sich ein Newyorker Schreibfräulein Ruth Evans das Leben genommen. Die junge Dame hatte schönes, dichtes Haar, das ihr bis zur Taille herabreichte. Ihre Freundinnen, die sich, der Mode folgend, das Haar hatten kurz abschneiden lassen, rieten ihr an, das gleiche zu tun, und als nun die Hitzwelle kam und die anderen Fräuleins nicht so wie sie unter der Last des Haares zu leiden hatten, da faßte sie den großen Entschluß und ließ sich die Haare abschneiden. Aber kaum lag der reiche Schmuck ihres Hauptes zu ihren Füßen, da wurde sie von einer großen Trauer befallen und konnte ihre gute Stimmung nicht mehr wiedererlangen. Sie klagte, daß sie mit dem Haar ihr Glück verloren habe. Und eines Abends verschloß sie sich in ihrem Zimmer und drehte den Gashahn auf. Man fand sie am Morgen angekleidet auf ihrem Bett; in den Händen hielt sie die schöne Haarsträhne, die sie einst geschmückt hatte.

Das Erdbeben in Chile

6 Novelle von Heinrich von Kleist.

Don Fernando nahm beide Kinder und sagte, er wolle eher umkommen als zugeben, daß seiner Gesellschaft etwas zuleide geschehe. Er bot Josephe, nachdem er sich den Degen des Marineoffiziers ausgebeten hatte, den Arm, und forderte das hintere Paar auf, ihm zu folgen. Sie kamen auch wirklich, indem man ihnen bei solchen Anstalten mit hinlänglicher Ehrerbietigkeit Platz machte, aus der Kirche heraus und glaubten sich gerettet. Doch kaum waren sie auf den von Menschen gleichfalls erfüllten Vorplatz derselben getreten, als eine Stimme aus dem rasenden Haufen, der sie verfolgt hatte, rief: „Dies ist Jeronimo Rugera, ihr Bürger, denn ich bin sein eigner Vater!“ und ihn an Donna Constanzes Seite mit einem ungeheuren Keulenschlage zu Boden streckte. „Jesus Maria!“ rief Donna Constanze und floh zu ihrem Schwager; doch: „Klostermetze!“ scholl es schon, mit einem zweiten Keulenschlage von einer andern Seite, der sie leblos neben Jeronimo niederwarf. „Ungeheuer!“ rief ein Unbekannter, „dies war Donna Constanze Xares!“ „Warum belogen sie uns!“ antwortete der Schuster; „sucht die rechte und bringt sie um!“ Don Fernando, als er Constanzes Leichnam erblickte, glühte vor Zorn; er zog und schwang das Schwert und hieb, daß er ihn gespalten hätte, den fanatischen Mordknecht, der diese Greuel veranlaßte, wenn derselbe nicht durch eine Wendung dem wütenden Schlag entwichen wäre. Doch da er die Menge, die auf ihn eindrang, nicht überwältigen konnte: „Leben Sie wohl, Don Fernando mit den Kindern!“ rief Josephe — und: „Hier mordet mich, ihr blutdürstenden Tiger!“ und stürzte sich freiwillig unter sie, um dem Kampf ein Ende zu machen. Meister Pedrillo schlug sie mit der Keule nieder. Darauf ganz mit ihrem Blute bespritzt: „Schickt ihr den Bastard zur Hölle nach!“ rief er und drang mit noch ungesättigter Mordlust von neuem vor. Don Fernando, dieser göttliche Held, stand jetzt, den Rücken an die Kirche gelehnt; in der Linken hielt er die Kinder, in der Rechten das Schwert. Mit jedem Hiebe wetterstrahlte er einen zu Boden; ein Löwe wehrt sich nicht besser. Sieben Bluthunde lagen tot vor ihm, der Fürst der satanischen Rotte selbst war verwundet. Doch Meister Pedrillo ruhte nicht eher, als bis er der Kinder eines bei den Beinen von seiner Brust gerissen und, hoch her im Kreise geschwungen, an eines Kirchenpfeilers Ecke zerschmettert hatte. Hierauf ward es still und alles entfernte sich. Don Fernando, als er seinen kleinen Juan vor sich liegen sah, mit aus dem Hirne vorquellendem Mark, hob voll namenlosen Schmerzes seine Augen gen Himmel. Der Marineoffizier fand sich wieder bei ihm ein, suchte ihn zu trösten und versicherte ihn, daß seine Untätigkeit bei diesem Unglück, obschon durch mehrere Umstände gerechtfertigt, ihn reue; doch Don Fernando sagte, daß ihm nichts vorzuwerfen sei, und bat ihn nur, die Leichname jetzt fortschaffen zu helfen. Man trug sie alle bei der Finsternis der einbrechenden Nacht in Don Alonzos Wohnung, wohin Don Fernando ihnen, viel über das Antlitz des kleinen Philipp weinend, folgte. Er übernachtete auch bei Don Alonzo und säumte lange unter falschen Vorspiegelungen, seine Gemahlin von dem ganzen Umfang des Unglücks zu unterrichten; einmal, weil sie krank war, und dann, weil er auch nicht wußte, wie sie sein Verhalten bei dieser Begebenheit beurteilen würde; doch kurze Zeit nachher, durch einen Besuch zufällig von allem, was geschehen war, benachrichtigt, weinte diese treffliche Dame im stillen ihren mütterlichen Schmerz aus und fiel ihm mit dem Rest einer erglänzenden Träne eines Morgens um den Hals und küßte ihn. Don Fernando und Donna Elvire nahmen hierauf den kleinen Fremdling zum Pflegesohn an; und wenn Don Fernando Philipp mit Juan verglich, und wie er beide erworben hatte, so war es ihm fast, als müßt' er sich freuen.

Ende.

Versammlungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Heizungsmonteure, Installateure und Klempner: Donnerstag, den 24. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zim. 70: Außerordentliche Branchenversammlung.

Jungsozialistengruppe.
Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr im Heim der Arbeiter-Jugend (Reiterkaserne): Vortrag des Genossen Fooken über Valutafragen.

Gesangverein Liedertafel, Ohra.
Heute, Donnerstag, abds. 7 Uhr in der Ostbahn-Ohra: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Sonnabend, den 26. August, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vertrauensmänner- und Baudelegiertenversammlung.
Montag, den 28. August, nachmittags 5 Uhr, im Werftspeisehaus: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

8. Bezirk Arbeiter-Turn- und Sportbund.
Sonnabend, den 26., abends 7 Uhr im Heim der Freien Turnerschaft-Danzig, Reiterkaserne, Zimmer 26: Sitzung des Bezirksvorstandes und der Leipziger Teilnehmer.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig.
Montag, den 28. August, abends 6 Uhr: Delegiertenversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Danziger Nachrichten.

Die Zuständigkeit des polnischen Vertreters in Danzig.

Der Oberkommissar weist die polnischen Eigenmächtigkeiten zurück.

Der hohe Kommissar hat unter dem 28. August 1922 auf Antrag des Danziger Senats folgende Entscheidung über die Zuständigkeit des diplomatischen Vertreters der Republik Polen gegenüber der Freien Stadt bekanntgegeben:

„Ich entscheide:

1. daß die Zuständigkeit des diplomatischen Vertreters der polnischen Regierung, der in Danzig seinen Amtssitz hat, begrenzt ist durch den Inhalt des Artikels 1 der Konvention vom 9. November 1920 und daß kein anderer Artikel entweder des Vertrages von Versailles oder der Konvention ihm irgendwelche weiteren Machtbefugnisse gibt;

2. daß die polnische Regierung nicht das Recht hat, entweder durch den diplomatischen Vertreter in Danzig oder auf irgendeinem anderen Wege eine fremde Flotte, welche die Freie Stadt besucht, offiziell in Danziger Gewässern oder auf Danziger Grund und Boden zu begrüßen;

3. daß, wenn die polnische Regierung den Wunsch hat, eine fremde Flotte in Danziger Gewässern oder auf Danziger Grund und Boden zu begrüßen, sie an die Danziger Regierung in dieser Hinsicht herantreten solle, nicht auf Grund eines polnischen Rechtes, sondern auf Grund eines polnischen Gesuchs."

Mit dieser Entscheidung sind die Rechte und die Zuständigkeiten des diplomatischen Vertreters der Republik Polen in Danzig unzweideutig klargestellt. Nach dem auch vom Oberkommissar in seiner Entscheidung herangezogenen Artikel 1 der Konvention hat der diplomatische Vertreter Polens in Danzig nur die Aufgabe, zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt als Vermittler zu dienen. Seine bisherige Tätigkeit ging jedoch des öfteren weit über diesen Rahmen hinaus. Besonders bei den letzten fremdländischen Schiffsbesuchen mußte das Auftreten des Herrn Plucznski den Anschein erwecken, als wenn Danzig nur noch ein polnischer Hafen wäre. Diesen polnischen Propagandagelüsten ist durch die Entscheidung des Oberkommissars glücklicherweise jetzt ein Riegel vorgeschoben. Wenn es trotz des klaren Wortlautes der Konvention noch einer Entscheidung des Oberkommissars bedurfte, so ist das für den viel gerühmten „diplomatischen Takt der Polen" kein besonders ehrendes Zeugnis, zumal die Entscheidung des Oberkommissars auf polnischer Seite auch wohl kaum so aufgenommen werden kann. Im übrigen hat der Oberkommissar seiner Entscheidung wie immer eine ausführliche Begründung beigegeben, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll.

Für eine verbesserte Sozialfürsorge

hat sich der soziale Ausschuß des Volkstages ausgesprochen. Die kommunistischen Gesetzesvorlagen über Schwangeren-, Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kinderfürsorge und betr. Beseitigung der Leibesfrucht wurden zwar abgelehnt, doch wurde folgende Entschließung angenommen:

Die sozialhygienische Fürsorge für Schwangere, Mütter und Kinder, insbesondere für die Säuglinge, muß als eine der wichtigsten Aufgaben des Wiederaufbaues der durch den Krieg geschwächten Volkskraft betrachtet werden. Seitens des Staates ist deshalb darauf zu dringen, daß der beschleunigte Ausbau und die weitere Ausgestaltung der dieser Fürsorge dienenden Einrichtungen, namentlich in den ländlichen Bezirken, in denen sie zurzeit noch gänzlich fehlen, von den Städten und Landkreisen mit Ernst betrieben werden. Dabei ist auf eine enge Zusammenarbeit mit den schon bestehenden, den gleichen Zwecken dienenden privaten Organisationen hinzuwirken.

Die im Gebiete der Freien Stadt vorhandenen Anstalten zur Unterbringung gesunder und kranker Säuglinge genügen weder der Zahl noch der Größe nach dem zunehmenden Bedürfnis; eine beschleunigte Vermehrung und Vergrößerung wird für unbedingt notwendig erachtet. Die Kleinkinderfürsorge ist organisch in die sozialhygienische Fürsorge einzubeziehen.

Die Schulgesundheitspflege ist auch auf die ländlichen Bezirke und auf alle Schularten auszudehnen; sie ist mit Rücksicht auf die gerade bei der jetzt schulpflichtigen Jugend beobachteten Kriegsschädigungen wesentlich eingehender als bisher zu gestalten. Der Unterricht in den Naturwissenschaften ist durch einen obligatorischen Unterricht in der Gesundheitslehre so auszubauen, daß den Jugendlichen in den letzten Schulklassen oder in der Fortbildungsschule Aufklärung über die Entstehung der Menschen und die damit zusammenhängenden geschlechtlichen Fragen gegeben werden kann. In gleicher Weise ist der Nüchternheitsunterricht zu fördern, damit die Kinder auf die Gefahren übermäßigen Alkoholgenusses und seine Folgen für den Trinker und seine Nachkommenschaft in ernstester Weise hingewiesen werden.

Danzigs und Polens Vertretung in Genf. An der Tagung des Völkerbundrates in Genf werden als Vertreter Danzigs voraussichtlich Senatspräsident Sahm, Finanzsenator Dr. Volkmann und Regierungsrat Dr. Ferber teilnehmen. Als Vertreter Polens sollen, wie mitgeteilt wird, als Führer Professor Askenazy und der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Plucinski in Aussicht genommen sein.

Der Etat des städtischen Arbeitsamtes für 1922 zeigt eine Einnahme von 420 500 Mark. Darin sind enthalten: 350 000 Mark Kostenerstattung für Uebernahme der Arbeiten der Erwerbslosenfürsorge und 40 000 Mark erstattete Aufwendungen für den Demobilmachungsausschuß. Die Gesamtkosten des Demobilmachungsausschusses werden 1922 etwa 60 000 Mark betragen, zwei Drittel dieser Kosten werden aus Freistaatmitteln erstattet, den Rest trägt die Stadtgemeinde. Für das Arbeitsamt leistete der Kreis Danziger Höhe einen Beitrag von 15 000 Mark, der Kreis Danziger Niederung von 5000 Mark. Das Arbeitsamt ist zugleich auch Kontrollinstanz für alle im Wege der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Personen. Die Kosten für die Ausübung dieser Kontrolle fallen der Erwerbslosenfürsorge zur Last. Für 1922 wird der Zuschuß der Erwerbslosenfürsorge auf 350 000 Mark geschätzt. Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt rund 1 201 000 Mark. Davon sind 1 029 000 Mark persönliche Ausgaben, Gehälter usw., die gegen das Vorjahr eine Steigerung um 556 000 Mk. erfahren haben. Die Geschäftsbedürfnisse erfordern 57 600 Mark, Geschäftsräume 104 750 Mk. Der städtische Zuschuß beträgt 840 820 Mark, gegenüber 560 000 Mark im Vorjahre.

Dollar heute mittag 1850.

Der Dollar hat sein gestern sprunghaft einsetzendes Steigen heute im verschärften Maße fortgesetzt. Während er gestern bei Schluß der Börse auf 1445 stand, erreichte er heute mittag die phantastische Höhe von 1850, und es steht leider zu befürchten, daß er dabei noch nicht stehen bleibt. Diese sprunghafte Entwertung der deutschen Mark bringt uns leider der jetzt in Oesterreich zum Ausbruch gekommenen Katastrophe immer näher. Aus fachmännischen Kreisen wird uns zu diesem neuen gewaltigen Sturz der Mark geschrieben: „Die Markentwertung nimmt den Fortgang, der nach dem ergebnislosen Ausgang der Londoner Konferenz zu erwarten war. Das Ausland hat das Vertrauen zu einer Regelung des Reparationsproblems und damit zu einer Gesundung der deutschen Finanzen verloren. Infolgedessen stößt es die Markbestände, die seinerzeit bei einem Dollarstand von 200—800 gekauft worden waren, mit Verlust ab. Das heißt, daß die deutsche Währung aufgehört hat, für das Ausland zu existieren." Die notwendigen Folgen, die sich für die lohnarbeitende Bevölkerung aus dieser Markkatastrophe ergeben, sind bekannt: Neben einer Angleichung der Löhne an die dadurch hervorgerufene Teuerung erwächst allen zuständigen Stellen noch dringender als bisher die Pflicht, die wucherische Anwendung dieser Markverschlechterung auf die inländischen Lebensmittelerzeugnisse soweit wie möglich zu unterbinden. Bei dem nur schleppenden Steigen der Löhne müßte die Lage der arbeitenden Bevölkerung sonst schon in kurzer Zeit geradezu verzweifelt werden.

Die sozialdemokratische Teuerungsaktion.

Der Volkstag wird sich bereits in seiner heutigen Sitzung mit den sozialdemokratischen Gesetzentwürfen und Anträgen zur Bekämpfung der Teuerung beschäftigen. Die Tagesordnung für die Sitzung umfaßt folgende Punkte: 1. Antrag des Senats auf Strafverfolgung von zwei Abgeordneten (Raube und Ueberfohn). 2. Eingaben laut Anlagen. 3. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs über Bezüge von Sozialrentnern. 4. Erste Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs betr. Schutz der Bevölkerung vor dem Zuckerwucher. 5. Erste Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs betr. Sicherstellung der Ernährung der Freistaatbevölkerung mit Milch, Butter und Käse für 1922/23. 6. Sozialdemokratischer Antrag betr. Erlaß eines Ausfuhrverbots für Vieh, Fleisch- und Wurstwaren und Festsetzung von Höchstpreisen. 7. Antrag des Abg. Brieskorn und Gen. auf Einführung von gleitenden Lohn- und Gehaltssätzen für Beamte, Angestellte und Arbeiter. 8. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Versicherungssteuergesetzes vom 6. Juli 1922. 9. Antrag auf Annahme einer Entschließung zur Abänderung des Gewerbesteuergesetzes. 10. Große Anfrage betr. Verteilung des ehemaligen preußischen und deutschen Eigentums. 11. Große Anfrage betr. Verbot eines Schulbuches. 12. Große Anfrage betr. Erträge der Einkommensteuer.

Unzulängliche Vergleiche.

Das Statistische Amt gibt eine Zusammenstellung über die letzten Kleinhandelspreise von Brot, Milch und Zucker in Danzig und den Nachbarstädten heraus. Danach kosteten: 1 Kilo Roggenbrot auf Marken in Danzig 15 Mk., Marienburg 7,37 Mk., Elbing 10,11 Mk., Königsberg 16 Mk.; 1 Kilo Roggenbrot ohne Marken: in Danzig 24 Mark, in Marienburg 16,84 Mk.; 1 Kilo Weizenbrot auf Marken in Danzig 15 Mk., in Marienburg 16,84 Mark, in Elbing 17,22 Mk.; 1 Kilo Weizenbrot ohne Marken: in Danzig 50 Mk., in Marienburg 17,90 Mk. 1 Liter Vollmilch kostete in Danzig 10 Mk., in Marienburg 15 Mk., in Elbing 14 Mk., in Königsberg 15 Mk. 1 Kilo Zucker kostete in Danzig 76 Mk., in Marienburg 100 Mk., in Elbing 84 Mk., in Königsberg 92 Mk.

Diese Zusammenstellung des Statistischen Amts hat anscheinend den Zweck zu zeigen, wie „billig" wir hier in Danzig leben. Sonderbarerweise hat man aber nicht festgestellt, wie hoch sich die übrigen lebenswichtigen Artikel in den Orten gestellt haben. Da würde Danzig seine Nachbarstädte weit überragen. Eine Zusammenstellung der Löhne der vorgenannten Städte würde ebenfalls Gelegenheit zu interessanten Vergleichen bieten. Dann würde sich ergeben, daß die Lebenshaltung der Danziger Arbeiterschaft bedeutend schlechter ist als im deutschen Mutterlande.

Die Besitzänderung der Danziger Werft tritt jetzt anscheinend in ihr entscheidendes Stadium. Wie mitgeteilt wird, sind drei Vertreter der zur Beteiligung am ausländischen Konsortium in Aussicht genommenen französischen Gesellschaft Societé d. B. Batignolles in Danzig eingetroffen.

Verständigung im Gastwirtsgewerbe. Zwischen dem Verein der Gastwirte von Danzig und Umgegend einerseits und dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Danzig, sowie dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Danzig, andererseits kamen am Dienstag die Verhandlungen zum Abschluß. Für das festbesoldete Personal wurde eine 50 prozentige Lohnerhöhung festgesetzt.

Durch ein bedauerliches Versehen fehlte in unserer gestrigen Ausgabe die erste Ueberschriftzeile in der Sammelrubrik der Freistaatsetats. Wie aus der Notiz schwer zu ersehen war, handelte es sich um den Etat der Eisenbahnhauptwerkstatt. Wir bitten unsere Leser, dieses mißliche Vorkommnis zu entschuldigen.

Der neue Droschkentarif. Mit Zustimmung des Senats — Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig — wird zu dem durch Polizeiverordnung vom 17. September 1920 festgesetzten Tarif für das Droschkenfuhrwerk in Danzig ein Zuschlag von 600 Prozent erhoben.

Der Tarifvertrag im Groß- und Kleinhandel ist auf Antrag der Gewerkschaften auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung vom Demobilmachungskommissar für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die neugeregelten Gehaltssätze für die Monate Juni und Juli haben damit für alle Branchen einschließlich der Kolonialwarenkleinhändler auch für nichtorganisierte Arbeitgeber bindende Gültigkeit.

Mißglückter Brillantenraub.

Wegen eines gemeinsamen Raubüberfalls auf die in der Bismarckstraße in Zoppot wohnhaft gewesene Braut des Lodzer Juwelenhändlers Kantor wurden die aus Polen zugereisten Eheleute Tolinski und der Sergeant des 10. polnischen Artillerieregiments Peter Migelski in Zoppot verhaftet. Die Festgenommenen sind geständig. Die mit den hiesigen Verhältnissen vertraute Friseuse Tolinski hatte unter anderem auch bei der Braut des K. zu tun und kam so auf den Gedanken, mit Hilfe ihres Mannes deren wertvolle Schmuckgegenstände zu entwenden. Tolinski wiederum versicherte sich der Unterstützung des Sergeanten M., der in Zivilkleidern n[illegible] dem Freistaat kam, und beide verübten in den Vormittagsstunden den Raubüberfall. Der Juwelenhändler war unter falschem Vorwand nach Danzig gelockt worden, und die Tolinski hatte sich vor Ausübung des Ueberfalles von seiner tatsächlichen Abfahrt überzeugt. Um nicht erkannt zu werden, bediente sich M. bei dem nun folgenden Einsteigen in die Wohnung der Braut des K. einer Maske. Der Ueberfall ging glücklicherweise nicht geräuschlos von statten. Durch das Umstürzen einiger Stühle und einen Hilferuf der Ueberfallenen wurden die Wirtsleute aufmerksam gemacht und die Einbrecher zur Flucht gezwungen. In der Seestraße gelang es herbeigeeilten Schupobeamten, die beiden Räuber festzunehmen.

Festgenommene Kleiderdiebe. Einer Kontoristin und einer Handelsschülerin, welche in einem Hause Neitbahn ein gemeinschaftliches möbliertes Zimmer bewohnten, sind am 16. d. Mts. fast sämtliche Kleidungsstücke usw. im Gesamtwerte von 84 350 Mark gestohlen worden. Als Täter wurden der 18jährige Sohn der Vermieterin (Handlungsgehilfe) und der 19jährige Elektromonteur R. von hier durch die Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Beide sind geständig. Die gestohlenen Sachen haben sie in Pollemschin, Barkoschin und Schöneck, Pommerellen, an Besitzer und andere Zivilpersonen verkauft und das vereinnahmte Geld verausgabt. Sie wurden dem Gericht zugeführt.

Ziegendiebstahl vom Felde. Zwei Arbeiter aus Zoppot, beide wegen Diebstahls vorbestraft, hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen eines dreisten Diebstahls zu verantworten. Am hellen Tage stahlen sie in Oliva eine Ziege vom Felde, schlachteten sie mit einem Taschenmesser und verwahrten sie im Roggenfelde. Als sie abends die Ziege abholen wollten, wurden sie von dem Besitzer der Ziege und der Polizei festgenommen, denn inzwischen hatte man die Tat bemerkt und die tote Ziege gefunden. Die Angeklagten bestritten, die Ziege geschlachtet zu haben, doch hielt das Gericht sie für überführt. Man hatte sie am Tage in der Nähe gesehen, wobei sie die Ziege beobachteten. Das Gericht verurteilte den einen Arbeiter zu 1 Jahr Gefängnis. Der andere angeklagte Arbeiter erhielt 1 Jahr Zuchthaus.

Ladendiebstähle. Wegen Diebstahls und Begünstigung hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht fünf Frauen und zwei Arbeiter zu verantworten. Die Frauen besuchten Ladengeschäfte, um hier in unbewachten Augenblicken Diebstähle zu begehen. Es wurden gestohlen zwei Pack Wolle, zwei seidene Plüschmäntel, zweimal Stoffe, dann sechs Aluminiumtöpfe und eine Emaillekanne, vier Aluminiumtöpfe und eine Waschleine. Die übrigen Angeklagten nahmen die Waren ab und halfen beim Verkauf derselben. Das Gericht verurteilte eine der bereits mit Zuchthaus vorbestraften Angeklagten wegen Diebstahls zu 1½ Jahren Zuchthaus, zwei andere Frauen zu 9 und 12 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Begünstigung 1 bis 6 Monate Gefängnis. Eine Frau wurde freigesprochen.

Ein ungetreuer Verkäufer. Wegen Diebstahls und Untreue stand der Verkäufer Paul K. aus Danzig vor dem gemeinsamen Schöffengericht. Er war bei einer Firma in Stellung und stahl ihr 25 Meter Stoff und 8 Stores im Werte von 6000 Mark, die dann für 900 Mark verkauft wurden. Dann verkaufte er an einige Personen Stoffe, Kleider usw. aus dem Geschäft weit unter dem Preise, wobei er sich Vorteile verschafft haben soll. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahls und fortgesetzter Untreue zu 9 Monaten Gefängnis.

Polizeibericht vom 21. August 1922. Festgenommen 32 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Betruges, 3 wegen Messerstecherei, 2 wegen Zechprellerei, 3 wegen Körperverletzung, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Schlägerei, 4 wegen groben Unfugs, 1 wegen Passantenbelästigung, 1 wegen Bannbruchs, 1 wegen Bettelns, 2 zur Festnahme aufgegeben, 8 in Polizeihaft.

Zoppot. Das Ende einer durchsumpften Nacht. Am Montag morgen kurz nach 8 Uhr wurde in der Seestraße der Kaufmann Hans Unruh von dem polnischen Hauptmann Senk überfallen und derartig geschlagen, daß der Ueberfallene das Bewußtsein verlor und in einer Privatklinik untergebracht werden mußte. Unruh hatte mit mehreren anderen Personen in jener Nacht mehrere Lokale in Zoppot besucht. Auch im Café Zentral war man eingekehrt, dessen Besitzer ein Bruder des polnischen Offiziers ist. Zwischen Unruh und dem Cafébesitzer war es zu Streitigkeiten gekommen, bei denen auch Aeußerungen fielen, durch die sich der Lokalbesitzer beleidigt fühlte. Die Gesellschaft begab sich in ein anderes Lokal. Der polnische Offizier soll dann vergeblich versucht haben, die Herren zur Rückkehr zu bewegen. Als sie dann am Morgen das Café Zentral passierten, erfolgte der Ueberfall. Senk wurde verhaftet, gegen Stellung von 20 000 Mark Kaution jedoch wieder freigelassen.

Zoppot. Wohnungs- und Bodeneinbrüche nehmen in Zoppot einen erschreckenden Umfang an. Am Sonnabend wurden nicht mehr als 86 derartige Einbrüche gemeldet. Man nimmt an, daß eine polnische Verbrecherbande an der Arbeit ist.

Zoppot. Ein polnisches Hotel soll hier errichtet werden. Der Besitzer eines größeren Cafés und eines Theaters in Lemberg hat an der Süd- und Parkstraße ein größeres Objekt gekauft und beabsichtigt, dort ein Hotel mit Sälen zu bauen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	19,50	am Vortage	15,70
Amer. Dollar:	1850	" "	1390
[illegible]nglisches Pfund:	—	" "	5900

Volkswirtschaftliches.

Deutschlands Einfuhr an entbehrlichen Waren. Mit jeder Mark, die zum Erwerb fremder Devisen aufgewendet werden muß, wird der Einkauf von Rohstoffen aus dem Auslande schwieriger. Wir alle haben daher die Pflicht, unseren Verbrauch an ausländischen Genußmitteln und Luxusgegenständen einzuschränken, um nicht Devisen ins Ausland zu geben, die für die notwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die Industrie gebraucht werden. Wie wenig aber dieses oberste volkswirtschaftliche Gebot beachtet wird, zeigt folgender Auszug aus der Statistik über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahr 1922. Es wurden für 190 Milliarden Mark ausgeführt und für 142 Milliarden Mark Waren eingeführt. Darunter befanden sich: Tabak im Werte von 2½ Milliarden Mark, Kaffee 1¼ Milliarden Mark, Obst- und Südfrüchte 1,198 Milliarden Mark, Frühgemüse 208 Millionen Mark, Wein und Most 477 Millionen Mark, Liköre und Trinkbranntwein 272 Millionen Mark, Sprit 252 Millionen Mark, Zigarren und Zigaretten 78 Millionen Mark, Bier 18 Millionen Mark. Da Deutschland sich nicht den Luxus leisten kann, daß die Mark durch die kostspieligen Bedürfnisse einer Handvoll Genießer und Schlemmer noch mehr entwertet wird, muß die Reichsregierung dafür sorgen, die Einfuhr von Genußmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

Die Folgen der Kohlennot in Deutschland. Die Bergarbeiter haben sich bereit erklärt, ihrerseits zur Hebung der Kohlenförderung beizutragen. Wie notwendig das ist, zeigt die deutsche Handelsbilanz für das erste Halbjahr 1922. Im Januar führte Deutschland für 148 Millionen Mark Steinkohlen ein, im Juni war der Bedarf an ausländischer Kohle schon so groß, daß dafür über eine Milliarde ausgegeben werden mußte. Vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1922 wurden insgesamt für 2½ Milliarden Mark Steinkohlen eingeführt. Der Kohlenmangel und die infolge der riesigen Entwertung der Mark beschränkte Einfuhr sind natürlich nicht ohne Folgen geblieben auf die Einfuhr der Rohstoffe, zu deren Gewinnung die Kohle notwendig ist. Obwohl in Deutschland zahlreiche Zementfabriken stillliegen, mußte Deutschland im Januar für die Einfuhr dieses wichtigen Baustoffes 870 000 Mark, im Juni aber schon 78 Millionen Mark ausgeben. Die Roheisengewinnung litt ebenfalls ungeheuer unter dem Kohlenmangel. Im Januar wurde für 66 Millionen Mark Roheisen eingeführt und im Mai gingen bereits 482 500 000 Mark dafür ins Ausland. Im Juni war die Summe etwas geringer. Diese Zahlen zeigen, daß mit dem Sinken der Kohlenförderung die Einfuhr von Zement, Roheisen und anderen Rohstoffen, deren Gewinnung von der Kohle abhängig ist, stieg.

Ungeheure Verteuerung des Nähgarns. Nachdem das deutsche Nähgarnsyndikat am 7. August neue, etwa 50 Proz. betragende Preise herausgegeben hat, ist Nähgarn wohl der relativ teuerste Artikel. Sein Preis beträgt mehr als das 100fache des Vorkriegspreises. 1000 Meter vierfaches Obergarn kostete vor dem Kriege 29 Pf., jetzt 124 Mark ab Fabrik. Wie weit diese Verteuerung über das durch die Valuta und durch die Rohstoffteuerung bedingte Maß hinausgeht, zeigt die Tatsache, daß der Dollar am 7. August mit 750 notiert wurde, also etwa dem 180fachen Stand, und daß Rohbaumwolle in Bremen je Kilogramm 301,60 Mark kostete gegen 1,35 Mark, also noch nicht den 300fachen Vorkriegspreis. Das Preisdiktat dieses Textilsyndikats wird sich auch in den Herstellungskosten der Konfektion stark bemerkbar machen.

Polnische Kartoffeln für Deutschland. Ein deutsches Konsortium, dem große Wirtschaftsverbände angehören und das auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, bemüht sich um einen großen Transport polnischer Kartoffeln für Deutschland, der insbesondere den großen Industriestädten zugeführt werden soll. Es handelt sich insgesamt um eine Million Tonnen, doch kann sich diese Liefermenge nach Möglichkeit noch erhöhen. Mit diesem Unternehmen wird beabsichtigt, preisregulierend auf den deutschen Kartoffelmarkt zu wirken. Als Gegenleistung soll der polnischen Landwirtschaft künstlicher Dünger geliefert werden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Tagen zu einem guten Ergebnis für Deutschland führen.

Russischer Panzerkreuzer als Alteisen verkauft. Auf der Revaler Reede ist der sowjetrussische Kreuzer „Rossija" bewaffnet eingetroffen, der als Alteisen einer deutschen Firma verkauft ist und nach Stettin weitergeht.

Polnischer Holzexport nach Frankreich. Französische Schiffswerften haben beim polnischen Konsulat in Le Havre angefragt, ob Polen genügend Material für Schiffsbauten liefern kann. Nach genauem Plan besteht Aussicht, daß die französischen Industriellen ihren Holzbedarf auf der Lemberger Dimesie werden decken können.

Polens Handelsverträge. Der von der polnischen Regierung in den letzten zwei Jahren sehr eifrig geförderte Abschluß von Handels- und Wirtschaftsverträgen wird seitens der polnischen Industrie und des polnischen Handels mit Genugtuung begrüßt und auch für Danzig gewinnen diese Bestrebungen größtes Interesse. Andererseits kann man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bisherigen Handelsverträge zum Teil nur theoretischen Wert haben, zum Teil auch für Polen (weil unter politischem Druck geschlossen) vorläufig ungünstig sind (Frankreich, Tschechoslowakei). Ferner ist besonders bemerkenswert, daß, abgesehen von Tschechien, mit den Nachbarländern Polens noch keine Vertragsabschlüsse zustande gekommen sind. Im einzelnen ist das Bild der polnischen Wirtschaftsverträge folgendes: Abgeschlossen sind bisher Verträge mit Frankreich, Tschechoslowakei, der Schweiz, Italien, Rumänien, Memel. Fertiggestellt, aber im letzten Augenblick durch neue österreichische Forderungen noch wieder aufgeschoben, ist der Vertrag mit Oesterreich. Verhandelt wird zurzeit mit England, Schweden, Norwegen, Japan. Es stehen Verhandlungen bevor (September) mit Jugoslawien und Deutschland. Vorbesprechungen für Verhandlungen sind eingeleitet mit Spanien, Ungarn, Belgien, Portugal, den Vereinigten Staaten. Die vor einigen Monaten begonnenen Verhandlungen mit Rußland und der Ukraine sind auf unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Es ist noch keine Fühlung aufgenommen zu folgenden Staaten, mit denen die polnische Industrie insbesondere die Textilindustrie) dringend in Beziehung zu kommen wünscht: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Griechenland, der Türkei, Persien.

Kleine Nachrichten.

Verbot einer Parteizeitung. Unser Parteiblatt in Aschaffenburg ist von der bayerischen Regierung auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik vom 21. August bis einschließlich 26. August verboten worden. Der Ministerpräsident und die anderen Minister sollen sich beleidigt fühlen. Auch die republikanische Staatsform sei herabgewürdigt worden. In den Ministern verkörpere sich in Bayern der Wille der Volksmehrheit, deshalb werde die republikanische Staatsform durch solche Beschimpfungen mitbetroffen.

Buchdruckerstreiks im Rheinland. In Elberfeld und Duisburg sind die Buchdrucker sämtlicher bürgerlicher Zeitungen in den Ausstand getreten. Es erscheinen nur die sozialdemokratischen Zeitungen. In anderen Städten des Industriebezirks besteht gleichfalls Neigung zum Streik.

Textilarbeiterstreik in Lodz. Die Arbeiter der Textilindustrie haben den Vorschlag der Industriellen, die Löhne um 20 Prozent zu erhöhen, als ungenügend abgelehnt und beschlossen, heute in den Streik zu treten.

Die Interparlamentarische Union, die zurzeit aus 26 nationalen Gruppen besteht, die aus der Mitte der europäischen, amerikanischen und asiatischen Parlamente hervorgegangen sind, tagt augenblicklich in Wien. Anwesend sind bisher 28 verschiedene Länder, darunter zum ersten Male 8 Senatoren und Abgeordnete aus Chile. Die Delegation der Vereinigten Staaten besteht aus 10 Senatoren und Abgeordneten. Ferner waren angemeldet: 78 Italiener unter Führung des ehemaligen Ministers Ferrari, 15 Mitglieder des englischen Parlaments, 26 Deutsche, 60 Ungarn, 20 Bulgaren, 24 Dänen, 15 Schweden, 10 Franzosen, 4 Esten, 15 Norweger, 5 Finnländer, 2 Spanier, 3 Schweizer, 11 Holländer, Rumänen, Tschechen usw.

Im 14 Meter-Segelboot über den Ozean. In nächster Zeit wird, wie man aus Lindau meldet, die erste deutsche Ueberquerung des Ozeans mit einem Segelboot unternommen werden. Diese Fahrt, die vom Bodensee ausgeht und über Hamburg nach Neuyork führt, soll eine deutsche Propaganda- und Reklamefahrt werden.

Die Auffindung eines vorgeschichtlichen Germanenschiffes. Unter der Leitung des Kurators des Kopenhagener Nationalmuseums Rosenberg ist ein altgermanisches Schiff aus der Eisenzeit ans Licht gefördert worden. Der kostbare Fund wurde in einem Moor auf der Insel Alsen gemacht. Das Schiff hat ein hohes Alter und ist von hervorragender Bedeutung. Man hat zugleich mit dem Schiff eine große Anzahl von Altertümern entdeckt, so Speerspitzen aus Eisen und Knochen, Schilde, das Stück eines Panzerhemdes und Keulen. Das Schiff wird in das zweite vorchristliche Jahrhundert datiert; es ist von Torfstechern ziemlich schwer beschädigt worden.

Wasserstandsnachrichten am 24. August 1922.

	22. 8	23. 8		+ 1,04	+ 1,03
Zawichost	+	+ 1,05	Kurzebrack		
	22. 8.	23. 8.	Montauerspitze	+ 0,52	+ 0,52
Warschau	+	+ 0,82	Piechel	+ 0,51	+ 0,40
	22. 8.	23. 8.	Dirschau	+ 0,66	+ 0,65
Plock	+ 0,72	+	Einlage	+ 2,30	+ 2,28
	23. 8	24. 8	Schiewenhorst	+ 2,58	+ 2,50
Thorn	+ 0,60	+ 0,37	Nogat:		
Fordon	+ 0,58	+ 0,52	Schönau O. P.	+ 6,30	+ 6,33
Culm	+ 0,62	0,48	Galgenberg O. P.	+ 4,66	+ 4,60
Graudenz	+ 0,68	+ 0,66	Neuhorstebusch	+ 2,12	+ 2,22
			Anwachs	+ ,	+ ,

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inserate Anton Fooken, Danzig.
Druck von A. Groth u. Co., Danzig.

GanzDanzig

spricht heute schon von dem am 1. September beginnenden

Sensations-Gastspiel von

Sylvester Schäffer

im Wilhelm-Theater.

Nach achtjährigen Triumphen in Amerika **erstes Wiederauftreten in Danzig.**

Dazu ein phänomenales

Weltstadt-Programm!

7101

Café Kaiserhof

Heilige Geistgasse 43

Direkt.: B. Rudahl / Art. Leit.: Leo Orgon

Täglich:

Konzert u. Kabarett-Vorstellung

Anfang 8 Uhr! **Eintritt frei!**

7020

Zu verkaufen:

8 P. Damen- u. 20 P. Herrenschuhe von 695 M. an, 3 P. l. Box-Reitstiefel Nr. 45, 46, 47 von 2500 M. an, 7 P. gen Arb.-Stiefel von 1300 M. an, Gummi- und Ledersohlen von 65 M. an, 2 Tadl. Marine-Jacken 765 M., 2 Herren-Fahrräder 2350 u. 3250 M. mit Freil., 4 Ketten 265 M., 2 rot. Fahrrad-Mänt. (Lux Dunlop) 450 M., 1 feldgr. Sportanzug 3550 M., 1 feldgr. Damen-Mantel 1500 M., 1 gestr. Sporthose (Gr. 82) 850 M., 1 w. Unterjacke 395 M., 1 led. Ia Aktentasche 625 M., 1 led. Ia Hose 2000 M.

Zu kaufen gesucht:

4 Damen-Räder mit Freilauf, Rücktritt, Torp., alt.

Braun, Pasewark.

Achtung! Freibleibende Preise! Billig, weil Geleg.-Käufe. Hier allgemein bekannt. (†

Jochwedson's

Union-Parfümerie

Ziegengasse 6, Ecke Heilige Geistgasse

Fernsprecher 2733

empfiehlt

Parfüms, Seifen, Toilette- und Bürsten-Artikel. 7066

Ein Junge zum Brotaustragen

sofort gesucht. (7099

R. Westphal, Fuchswall 10.

1 Bettgestell

zu verkauf. Kleine Gasse 3, Hof 1. Tür. (†

Photo-Apparat

für 500 Mk. zu verkauf. **Kristan,** (†

Turnplatzstraße 12, I Tr.

Nähmaschine

fast neu (Zimmermann) zu verkaufen. Wo sagt Exp. der Volksstimme. (†

Kleiner eiserner Ofen zu verkaufen. Wo sagt die Expedition der Volksstimme. (†

Sofa, Küchenschrank u. Kommode zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 609 an die Expedition d. Volksstimme (†

Eleganter Kinderwagen zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter E. 606 an die Expedition der Volksstimme. (†

Gardinenstange,

Messing, ca. 2,50 m lang, zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter E. 608 an die Expedition der Volksstimme. (†

Gebr. Divandecke

mit dazu passender Wanddecke zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 605 an die Exp. Volksst. (†

Nähmaschine

nicht von Händler, zu kauf. gesucht. Angeb. mit Preis unter E. 568 an die Exped. der Volksstimme. (†

Kinderbettgestell

zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E. 567 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Kellnerlehrling

welcher Lust zum Beruf hat, kann sich melden. Ang. unter E. 598 an d. Exp. Volksstimme. (†

Jüng. Laufburschen,

Schulentlassen, stellt zum 1. September ein. Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6. (†

Geübte Krawattenarbeiterin

bei gut. Lohn u. Gewinnanteil gesucht. Angebote unter E. 617 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Buchhalterin

poln. Sprache und Schrift erwünscht, bilanzsicher, per bald gesucht. Angebote mit Ang. bish. Tätigkeit und Gehaltsanspr. unt. E. 612 an die Expedition der Volksstimme. (†

Flotte Verkäuferin

für Textilwaren wird eingestellt. Angebote unter E. 584 an die Expedition der Volksstimme. (†

Anständiges, ehrliches Laufmädchen

für sofort gesucht.

Mührer-Hennig, Langgasse 10. (7098

Putzmacherin

für Privathaushalt gesucht. Angeb. unt. E. 594 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Waschfrau

kann sich melden. Wo sagt die Exp. der Volksstimme. (†

Hausmädchen

mit guten Zeugissen sofort gesucht. Ang. unt. E. 596 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Tücht. Handwerker sucht Stellung als Portier.

Frau übernimmt alle Arb. Wohn. kann getauscht werd. Angeb. unt. V. 601 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Kontoristin

mit langjähr. Praxis sucht Stell. Ang. unt. V. 600 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Junge Dame sucht möbl. Zimmer

Ang. mit Preis unter E. 618 an die Exp. d. Volksstimme. (†

Handwerker

sucht zum 1. 9. einfaches möbl. Zimmer. Angebote mit Preis unter V. 604 a. d. Exp. Volksstimme. (†

Beamter sucht möbliertes Zimmer. Angebote unter E. 614 an die Exp. der Volksstimme. (†

Ausländ. Ehepaar

sucht 1—2 leere oder möbl. Zimmer. Angeb mit Preis unter E. 617 an die Exp. Volksstimme. (†

Sol. ruhiger Herr sucht zum 1. 9. einf. möbl., heizbares Zimmer mit oder ohne Pension in ganz kl. Haushalt. Ang. mit Preis unter E. 615 an die Exp. Volksst. (†

Möbl. Zimm.

von 2 Handw. sofort od. später gesucht. Nähe Dzg. Werft oder Zentr. Ang. mit Preis unter E. 616 an die Exp. Volksst. (†

1 od. 2 leere Zimm.

mit auch ohne Küchenb. von gleich oder später gesucht. Ang. unter V. 599 an die Exp. der Volksstimme (†

1 od. 2 möbl. Zimmer

od. leer, mit Küchenbenutz., von jung. Ehepaar gesucht. Angeb. m. Preis u. E. 571 a. d. Exp. d. Volksstimme. (†

Maschinenschreiben

auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse Otto Slede, Neugarten 11, I

Kl. Fuhren, Umzüge macht

Katergasse 21, 2 Tr. (†

Verlangen Sie Schmalenberg's Weinbrand

Marken: Edelbrand — Feinbrand

6987